

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Die Transvaalfrage vor dem Unterhaus.

Im englischen Unterhaus kam am Montag die bereits am 18. angekündigte Resolution Stanhope's zur Beratung, in welcher dem Bedauern Ausdruck gegeben wird sowohl über die ungenügende Thätigkeit, wie auch über den Bericht des Südafrika-Ausschusses, besonders aber darüber, daß der Ausschuss keine gegen Rhodes zu ergreifende Maßnahmen vorgeschlagen und dem Hause nicht sofort Bericht erstattet habe über die Weigerung Howley's, dem Befehl des Ausschusses Folge zu leisten, demselben gewisse Depeschen vorzulegen, welche er bereits im Jahre 1896 dem Kolonialminister Chamberlain unterbreitet hatte. Die Resolution beantragt schließlich, Howley vor das Haus zu laden und ihm aufzugeben, die erwähnten Depeschen demselben vorzulegen.

Stanhope führt zur Begründung seiner Resolution hauptsächlich folgende an. In einflussreichen Kreisen habe sich das Bestreben bemerkbar gemacht, die Untersuchung zu unterdrücken, aber außerhalb des Hauses bestehe das Verlangen, der Sache auf den Grund zu gehen. Chamberlain's Vorgehen sei rasch, wirkungsvoll und mutig gewesen, sobald die Nachricht von dem Einfall Jameson's nach England gelangt sei. Aber in bezug auf den Bericht des Ausschusses halte ich es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß der erste und hervorragendste Gegenstand der Untersuchung nicht so sehr die Umstände des Einfalles, als vielmehr die Frage der Befähigung der Chartered Company zur Ausführung der kaiserlichen Regierungspflichten sei. Chamberlain sollte sich bestimmt darüber erklären, ob er der Ansicht sei, daß die Gesellschaft im Stande sei, für sich selbst einzutreten. Der Bericht des Ausschusses beweise, daß die Chartered Company sich eine fortgesetzte Mißwirtschaft habe zu Schulden kommen lassen. In dem von der Chartered Company verwalteten Gebiete bestehe thatsächlich das Sklaverei-System; es habe ungerechtfertigte Beschlagnahme von Vieh stattgefunden; eine unglückliche Bevölkerung sei mit Maxim-Kanonen niedergemacht worden. Redner richtet die Frage an den Minister Chamberlain, ob derselbe mit Rhodes in Unterhandlungen zum Zwecke der unveränderten Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Freibriefes der Gesellschaft eingetreten sei; er fragt ferner, welche Garantien Chamberlain in Bezug auf die künftige Verwaltung der gegenwärtig der Chartered Company unterstehenden Gebiete geben wolle, so daß Skandale, wie die in Martin's Bericht mitgetheilten, nicht mehr möglich seien. Der Bericht des Südafrika-Ausschusses, fährt Stanhope fort, habe Rhodes als Staatsmann aus'schärfe verurteilt; es sei die Pflicht der Regierung, ihre Mißbilligung des Verhaltens Rhodes kundzugeben, und auf alle Fälle dafür zu sorgen, daß sein Name aus der Liste der Mitglieder des Geheimen Rathes gestrichen werde. Das die nicht zur Vorlage gebrachten Telegramme betreffe, so frage er, ob noch eine Korrespondenz stattgefunden habe, als Chamberlain die Depeschen Howley zurückgegeben habe, und wenn dem so sei, warum die Korrespondenz dem Ausschusse nicht vorgelegt worden sei. Solange diese Telegramme nicht zur Vorlage gebracht werden, werde ein Verdacht der Empfindung haben, daß da irgendwer beschützt werden solle, irgend ein Skandal vertuscht werden sollte. (Beifall bei den Radikalen.) Er hoffe, das Haus werde einer richtigeren Anschauung über die ihm obliegenden Pflichten huldigen als der Ausschuss und werde seinen Antrag unterstützen.

Darauf setzte Labouchere, der mit starkem Gelächter empfangen wurde, den Angriff gegen die Regierung fort. U. a. führte er aus:

Obgleich Rhodes betheuert habe, hierher zu kommen, um über Alles freimüthige Auskunft zu geben, habe er doch auf eine Anzahl von Fragen die Antwort verweigert unter dem Vorwande, daß durch dieselbe andere Kompromittirt werden könnten. Rhodes habe sich gegen den Ausschuss widersetzlich gezeigt, indem er die Vorlegung der gewünschten Telegramme verweigerte. Das Volk in England würde bei solchem Vorgang denken, daß es hier zu Lande ein Gesetz für Reiche und Mächtige und ein anderes für Arme und Niedrige gäbe, und der Eindruck, den dieser Vorgang im Auslande machen würde, würde der sein, daß man die Engländer für eine Nation von Heuchlern halte. (Beifall auf den radikalen Banken.) Er glaube vollkommen, daß Chamberlain nicht über die Pläne Rhodes' informiert gewesen sei, (Hört, hört!) doch sei der Verdacht entstanden, daß man besorgt habe, Howley werde nur zu mittelstark sein, und daß man ihn deshalb aus dem Zeugenstuhl herausgedrängt habe. Zur Erörterung gegen die Stanhope'sche Resolution nahm zunächst der Schatzmeister Dick's Beach das Wort. Der Südafrika-Ausschuss sei mit Eintheiligkeit vom Unterhause erwählt worden. Er habe zwei Dinge zu untersuchen gehabt, nämlich die Umstände des Einfalles und die Verwaltung der Chartered-Company; über ersteren Punkt habe er klar und erschöpfend berichtet, er habe aber nicht Zeit gehabt, auf die Frage der Verwaltung der Chartered-Company einzugehen. Es sei nicht Aufgabe des Ausschusses gewesen, bestimmte Schritte betreffs Rhodes zu empfehlen, es sei Sache der Regierung zu erwägen, welches Verfahren gegen Rhodes auf Grund des Berichtes einzuschlagen sei, aber bei dem Vorgehen gegen Rhodes werde die Regierung dessen allgemeine Verdienste berücksichtigen müssen. Betreffs Howley's sei der Ausschuss der Ansicht gewesen, daß man nicht gegen ihn, sondern gegen Rhodes wegen der verweigerten Telegramme vorgehen müsse; es sei aber nicht erwünscht gewesen, daß der Bericht dadurch verzögert werde, da keine Rede davon gewesen sei, daß Chamberlain mit in den Einfall verwickelt gewesen war. Man habe von einem Skandal gesprochen, der ausgedeckt werden würde, aber die Vorgänge im Ausschuss zeigen, daß fortwährend die riesenhaftesten Seitenblasen über den verantwortlichen Theil des Kolonialamtes in die Luft geblasen worden seien. (Beifall.) Soll der Ausschuss getadelt werden, weil er sich nicht an der weiteren Verbreitung böswilliger Bezichtigung betheiligt? (Lauter Beifall.) Will Stanhope das Ausland befriedigen, dessen Glaubensartikel ist, daß England stets perfide sei, oder hofft er diejenigen zu befriedigen, die, noch mehr als die Ausländer, bereit sind, Böses von uns zu denken? Im Interesse des Friedens in Südafrika und der Befriedigung der Differenzen der beiden großen Rassen in jenem

Welttheil sei es wesentlich, daß die Untersuchung ende. (Beifall.)

Nach einer weiteren Vertheidigung des Ausschusses durch Harcourt ergriff, von Beifall begrüßt, Chamberlain das Wort. Er sprach zunächst über die Einsetzung des Ausschusses und machte viele schöne Worte über die Unantastbarkeit seiner Ehre. Sachlich führte er folgendes aus:

Was die Telegramme anbetrifft, welche nicht zur Vorlage vor dem Ausschusse gelangten, so bildete ihr Inhalt keinesfalls Beweismaterial gegen das Kolonialamt. Ich glaube zunächst, sie bezögen sich nur auf die Resolution, als aber dann die Gerüchte immer am Anfang zunahmen, wünschte ich sie zu sehen. Da ich indessen kein Recht hatte, die Vorlage der Telegramme zu erzwingen, so konnte ich sie nur auf die Bedingung hin erhalten, daß sie als vertrauliche Dokumente an mich gelangten. Bei der Rücksendung derselben sagte ich jedoch, daß ich, soweit meine Person in Betracht käme, gegen die Vorlegung nicht einzuwenden hätte. Ich hoffe, daß auch meine politischen Gegner darüber befriedigt sind, daß die Anlagen gegen mich nicht berechtigt gewesen sind. (Beifall auf den Banken der Opposition.) Mit dem Bericht des Ausschusses über Rhodes bin ich im wesentlichen einverstanden, bin aber überzeugt, daß, mag auch der Fehler Rhodes so groß gewesen sein, wie ihn nur ein Politiker oder Staatsmann begehen kann, der Charakter Rhodes' als eines Mannes von Ehre in keiner Weise berührt ist. Labouchere hat die heftigsten Anklagen gegen Rhodes, Beit und Harris erhoben. Labouchere hat die Vorrechte des Hauses mißbraucht (lebhafter Beifall.) Von Harris aufgeführt, seine Anklagen durch Ausführung von Thatsachen zu beweisen, war Labouchere hierzu nicht im Stande. Jetzt hat er dieselben Anklagen wieder vorgebracht, sie konnten aber einfach abgewiesen werden. Rhodes hat einen gewaltigen Fehler (gigantic mistake) begangen, für den er Strafe verdient. Ist er denn nicht bestraft worden? Hat er denn nicht den Posten als Premierminister der Kapkolonie verloren, ferner den als Geschäftsführer der Chartered Company, seinen Einfluß, seinen politischen Ruf und die Möglichkeit, weitere Dienste zu thun, die er zu thun hoffte, als er die Föderation Südafrika's antizipirte? Die Regierung steht nicht im Begriff, Rhodes zu verfolgen. Was soll Südafrika denken, wenn die Regierung Rhodes die Eigenschaft als Mitglied des Geheimen Rathes nimmt, die ihm wegen seiner Dienste zuerkannt wurde, welche in Südafrika wärmere Anerkennung finden als hier? Was die Verwaltung der Chartered Company betrifft, so sind die Truppen ihrer Kontrolle entzogen und der Reichs-Regierung unterstellt worden. Der Vorstand der Gesellschaft muß erneuert, und wenn die Gesellschaft noch weiter bestehen soll, eine direktere und wirksamere Kontrolle seitens der Reichsregierung ausgeübt werden. Die Regierung wünscht Rhodesia sobald als möglich Selbstverwaltung zu geben. Augenblicklich ist unsere Lage gegenüber Transvaal zufriedenstellender als zu irgend einer Zeit nach dem Einfall Jameson's. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß auf Seiten des Präsidenten Krüger der Wunsch besteht, der britischen Regierung in durchaus angemessenem Maße entgegenzukommen. Ich glaube daher berechtigt zu sein, dem Hause zu der Thatsache Glück zu wünschen, daß die Regierung bald zu einem durchaus befriedigenden Resultate gelangen wird. (Lebhafter Beifall.)

Das Unterhaus lehnte hierauf den Antrag Stanhope mit 304 gegen 77 Stimmen ab.

Damit hat denn die Untersuchungskommission über den Jameson'schen Einfall in das Transvaalgebiet ihr Ende gefunden. Die räuberische Politik der Chartered Company ist in den patriotischen nationalen Demantel gehüllt und man hat sich durch feierliche Moralklatschungen über die Skrupel und Zweifel der gewöhnlichen Sterblichen, welche dem Wahne leben, daß Ehrlichkeit und Recht auch in der internationalen Politik eine Stätte haben dürfe, hinweggesetzt. Rhodes, unter dessen Führung das politische Brigantenhaupt in Südafrika in größtem Maßstabe betrieben wurde, hat „einen Fehler begangen“, aber er verbleibt im Geheimen Rath der Königin, denn er ist doch „ein Mann von Ehre“ und von allgemeinem Verdienste.

Und die letzten Geheimnisse der Chartered Company bleiben im Dunkel. Wohl ist Chamberlain nicht ein Werkzeug Rhodes' gewesen, sondern wurde von dem kühnen und unversrockenen Abenteuerer gemißbraucht. Aber die Verhüllung und Vertuschung und Beschönigung des Geschehenen ist kennzeichnend für die Art, wie das offizielle England seine Machterweiterung auf dem Erdentum betreibt; da sind Regierung und Whigs und Tories mit einander einig. Wie sollten sie auch den Wunsch haben, der Sache wirklich auf den Grund zu gehen, da die Mitschuldigen an den Rhodes'schen Goldspeculationen und Räubereien in „den höchsten Kreisen“ sitzen!

Die Entscheidung über das Vereinsgesetz

befähigt noch immer die Presse. Einige Äußerungen derselben verdienen erwähnt zu werden.

Die „Hamb. Nachr.“ bemerken: „Mit recht behauptet ein energischer für die Vorlage eintretendes Blatt, daß bei geheimer Abstimmung deren Annahme ungewiss sei, ob sie erfolgt wäre. Schon diese Thatsache weist auf die unbedingte Nothwendigkeit hin, es bei diesem erstmaligen vergeblichen Anlaufe nicht bewenden zu lassen. Daß von diesem Landtage in der nächsten Session ein anderes Votum zu erlangen wäre, darf allerdings als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden und die Regierung, wenn sie sich nicht einer zweiten Niederlage aussetzen will, müßte zur Auflösung schreiten. Aber dagegen sprechen triftige Gründe allgemeiner politischer Natur; auch das neue Haus würde keine besseren, sondern womöglich noch ungünstigeren Chancen bieten. Nithin bleibt als Appellinstanz nur der Reichstag übrig, dessen Zusammensetzung freilich von der Art ist, daß die Regierung zweifellos auch von ihm eine bedingungslose Abweisung zu gewärtigen haben würde. Aber wenn die Regierung nicht auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie verzichten will und dabei den Widerstand der parlamentarischen Majoritäten im Reiche wie in Preußen zu brechen hat, so erscheint es uns doch naturgemäß, daß sie sich das Terrain aussucht, wo die freitragende Sache ihrer Natur nach hingehört und wo die Folgen

einer wiederholten Niederlage verhältnismäßig nicht so bedenklich sein würden. Wir würden es für richtig halten, wenn die Regierung das preussische Abgeordnetenhaus jetzt selbst überlässe, demnachst im Reichstage ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie einbrächte und dieses mit voller Energie und ohne konfliktischen durchdrückte. Nach den Erklärungen, die Herr v. B. Rede bezüglich Aufassung der Regierung von der Gefahr der Sozialdemokratie gegeben hat, muß die Regierung den Kampf gegen diese Partei nunmehr mit allen staatlichen Nachtmitteln aufnehmen, wenn sie sich nicht dem Vorwurfe eines Mangels an Pflichtbewußtsein aussetzen will. Führt dabei ein energischer und begabter Staatsmann den Kampf, und sieht die Bevölkerung, daß die Regierung ohne Schwanken und unerschrocken auf ihr Ziel losgeht, dann werden vielleicht auch die Nationalliberalen mit den Konservativen eine kompakte Majorität zur Stütze der Regierung.“

Der „Hamburgische Correspondent“ schreibt:

Neuwahlen unter der Fahne eines dem abgelehnten ähnlichen Vereinsgesetzes würden gerade das bewirken, was Herr v. Miquel vermeiden will: Zwischen links und rechts einen noch tieferen Riß. Außerdem rechnet niemand, der einigermaßen die Zeichen der Zeit beachtet, darauf, daß Neuwahlen bei der herrschenden Stimmung einen gesüßigteren Landtag bringen werden. Dagegen verleiht man eher einen Gebauengang, der bei der Majorität von 4 Stimmen auf eine mögliche Abspaltung hofft, wenn denselben Landtag in der nächsten Session ein neues Vereinsgesetz zugehen sollte. Die Nationalliberalen, so wird kalkuliert, haben sich nur dem jetzt abgethanen Gesetz gegenüber durch Fraktionszwang gebunden. Ob es ein nächstes Mal gelingen wird, dissentirende Elemente festzuhalten, wer kann es wissen? Diese Rechnung läßt den weiter wirkenden moralischen Zwang aus den Augen, der für die nationalliberale Partei durch das jetzt abgeschlossene Präzedenz geschaffen worden ist. Hat man es doch nicht umgeben können, Herrn Schoof aus der Partei zu thun. Nebrigens würde eine nach diesem Rezept operierende Regierung das Gegenheil von der verlangten Thatsache entwickeln. In richtiger Schätzung dieser Verhältnisse wird nun auf einen dritten Weg verwiesen: Appell an den Reichstag mit einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, das mit solchen Kantelen gegen Mißbrauch versehen sein müßte, daß auch das Mißtrauen der gemäßigten Liberalen dagegen verstumme. Hier haaret. Aber selbst wenn diese Schwierigkeit überwinden würde, so sind doch damit die gemäßigten Gegner eines Sozialstengengesetz noch nicht gewonnen, weil sie bekanntlich in einem Ausnahmegesetz überhaupt nicht die richtige Waffe zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Wesens sehen.“

Von den Organen der Rationalliberalen sind in erster Linie die folgenden Äußerungen der „Nöln. Ztg.“ hervorzuheben:

„Der Minister des Innern suchte die Befürchtungen zu widerlegen, als ob die untergeordneten Polizeibeamten das Gesetz auch gegen solche Parteien anwenden könnten, auf die es nicht berechnet sei, und er meinte, daß jeder Mißbrauch durch die Haftung aufgehoben sei. Schon milder unverschämlich äußerte sich Herr v. Miquel, indem er es als „heilige Pflicht der Regierung anerkannte, die Behörden, wenn ein solches Gesetz zustande käme, zu einer weisen und vorstehlichen Handhabung zu veranlassen“. Damit giebt Herr v. Miquel indirekt schon zu, daß eine solche Mahnung nicht überflüssig wäre, und daß sie gegenüber der Zuversicht des Herrn v. B. Rede schon etwas, wenn auch nicht viel. . . . Wir glauben, daß diese Befürchtung vor Mißbrauch durch „untergeordnete Organe“ bei dem Widerwillen gegen das ganze Gesetz und überhaupt bei dem der Regierung entgegengebrachten geringen Vertrauen eine sehr große Rolle spielt und daß nicht nur die „untergeordneten Organe“, sondern die Regierung selbst daran einen großen Theil der Schuld trägt. Wenn man sieht, wie die Verwaltungsbeamten in Pommern in vielen Fällen die Gesetze auslegen und wie jagend die Remedur eintritt, wenn sie überhaupt eintritt, so wird das Mißtrauen nur zu erklärlich. Man hat den Eindruck, daß den Gesetzesverletzungen durch gewisse Leute eine Art von wohlwollender Nachsicht entgegengebracht wird, die die Unparteilichkeit der obersten Behörden nicht immer in überzeugendem Lichte zeigt. Das sind Spuren, die es durchaus verdienen, den Weg einzuschlagen, zu dessen Betretung die Regierung so freundlich und harmlos einläßt.“

Und an anderer Stelle bemerkt das rheinische Blatt:

„Ob es klug war, die Bedrohung der Arme durch die Sozialdemokratie einem augenblicklichen Gelegenheitsbedürfnis zu liebe in ganz übertriebenem Lichte darzustellen, wollen wir hier nicht näher untersuchen. . . .“

Die „Münchener Neueste Nachrichten“ schreiben: „Um ein Paar wäre ein Gesetz votirt worden, dessen verhängnisvolle Bedeutung für die Gestaltung der nächsten Zukunft des Deutschen Reichs den Verteidigern der Vorlage, wie man zu ihrer Entschuldigung annehmen muß, trotz der von allen Seiten warnend erbobenen Stimmen nicht voll zum Bewußtsein gekommen ist. . . .“

Die „Nöln. Volkszeitung“ bemerkt u. a.:

Wenn die Regierung wirklich glaubt, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr steht, so hat sie ein einfaches Mittel, darauf die Probe zu machen, indem sie das Abgeordnetenhaus auflöst und Neuwahlen unter der Parole dieses Gesetzes ausschreibt. Sobald dann die Mehrheit sich für sie entscheidet, ist sie nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern auch nach dem Geist der Verfassung in ihrem Recht, wenn sie die Vorlage wieder einbringt. Sie kann auch bis zu den Neuwahlen warten, die ja im nächsten Jahre bevorstehen, und dann zusehen, ob diese ihr eine Mehrheit bringen. Doch von beidem hört man nichts.

Statt dessen hört man, daß die Regierung mit dem Gedanken sich tragen soll, dieses Gesetz im nächsten Herbst demselben Landtag noch einmal vorzulegen. Das hieße also nicht mehr und nicht weniger, als auf den Zufall zu spekulieren, welcher, ohne daß eine reelle Mehrheit im Volke für die Vorlage vorhanden ist, eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses bringen soll. Wir wissen nicht, in wie weit diese Gerüchte wahr sind, obwohl sie mit Bestimmtheit auftreten. Wir hoffen aber allen Ernstes, daß, wenn sie wahr sind, weitere Erwägungen dazu führen, die völlige Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens erkennen zu lassen. Nichts könnte die jetzige Regierung, die doch wahrlich Ursache hat,

auf Wahrung ihres Ansehens bedacht zu sein, so sehr in den Augen des Volkes und der Nachwelt herabsinken, als wenn sie, um ein solches Gesetz zu erhalten, einen solchen Weg einschläge und nichts würde so erbitternd auf spätere Parteikämpfe einwirken, als wenn auf einem solchen Wege ein solches Gesetz wirklich durchginge. Wenn im Herbst diesem selben Landtag das Gesetz wieder vorgelegt werden würde, so könnte es nur mit einer äußerst geringen Zufalls-Mehrheit durchgehen, während ganz zweifellos das Volk in seiner großen Mehrheit nicht hinter ihm stünde. Das würden die Neuwahlen im nächsten Jahre mit aller Deutlichkeit offenbaren, und das preussische Volk hätte dann trotzdem dauernd ein Gesetz zu ertragen, von dem erwiesen wäre, daß es nur nach dem Buchstaben der Verfassung, nicht aber nach ihrem ehelichen Geiste in die Gesetzsammlung kommen können. . . .

Die regelmäßigen Neuwahlen im nächsten Jahre würden sich ganz naturgemäß ebenso wie Neuwahlen nach der Auflösung unter dem Zeichen dieses Gesetzes vollziehen, und das dann gewählte Abgeordnetenhaus wäre zweifellos auch nach dem Geiste der Verfassung kompetent zur Entscheidung über das Gesetz, selbst wenn dann nur eine kleine Mehrheit für dasselbe sich fände. Einen dritten einwandfreien Weg giebt's nicht.

Das preussische Volk würde zweifellos auf eine solche Politik die Antwort nicht schuldig bleiben. Aber für dieses Gesetz wäre das dann zu spät; es stände zunächst für so und so lange, vielleicht für ein Menschenalter in Geltung und Ausführung, und darum würde die Antwort der Wählerschaft nur die Einleitung zu langen, erbitterten und vielleicht zerschlagenden Kämpfen sein. Wir hoffen, daß Preußen davor bewahrt bleibe, indem die Regierung nicht wie ein gewissenloser Spieler auf den Zufall spekuliert, sondern im Geiste unserer Verfassung ihre Entscheidung trifft.

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. Juli.

Die um Sued und das Vereinsgesetz. In Düsseldorf hatten die rheinisch-westfälischen Großindustriellen sich zu einer Kundgebung für die Herrenhausbeschlüsse zum Vereinsgesetz zusammengefunden, um die nationalliberalen Landtags-Abgeordneten für das Knebelgesetz unzuftindlich zu machen.

Nun hatte sich herausgestellt, daß die Herren Großindustriellen ihren hochpolitischen Beschluß in einer Versammlung gefaßt haben, welche nicht einmal polizeilich angemeldet worden war. Die selben Herren, welche das Vereinsgesetz als gar zu milde ansahen und seine Verschärfung verlangten, hatten sich schlanweg über die Vorschriften dieses Gesetzes hinweggesetzt.

Unser Parteigenosse Dr. Litgenau hat daranshin gegen die Düsseldorf'sche Scharfmacher Anzeige wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erstattet. Aber der Staatsanwalt hat es abgelehnt, die Anklage zu erheben. Der Staatsanwalt bestätigt zwar, daß die „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ am 5. Juli dieses Jahres zwei Versammlungen abgehalten habe, daß beide Versammlungen polizeilich nicht angemeldet waren und daß öffentliche Angelegenheiten erörtert worden sind, aber strafbar seien die Teilnehmer dieser Versammlungen dennoch nicht, weil sie sich nur zu einem gemeinschaftlichen Diner zusammengefunden hätten, wobei dann unvorhergesehener Weise das Gespräch auf die Vereinsgesetz-Novelle gelangt und hierdurch eine Debatte über diesen Gegenstand hervorgerufen worden sei. Da also, so meint der Staatsanwalt, der Zweck der Versammlung

*) Bei dieser Gelegenheit sei auf einen bedauerlichen Druckfehler in unserem Leitartikel „Die Ablehnung des Vereinsgesetzes“ in unserer letzten Sonntagsnummer hingewiesen. Es heißt da zu Beginn des vorletzten Absatzes der 1. Spalte: „Bei den Wahlen wird sich werlich das Vereinsrecht und die Stellung der Parteien zu demselben eine sehr große Rolle spielen.“ Statt „schwerlich“ hat es natürlich „sicherlich“ heißen sollen.

Catilina,

oder:

Das zu Ehren gebrachte Junkerthum.*)

Weiteres Trauerspiel.

(Gewidmet den Herren v. Pilsy und Dr. Pahn.)

(Nach den besten historischen Quellen bearbeitet.)

Erster Akt.

Im Hause des Catilina.

Catilina. Ein Sklave.

Catilina.

Das Frühstück, Sklave! Schnell! Viel Cognac zum Caffeel!

Die heut'gen Zeitungen!

Sklave.

Herr zu Befehl!

Catilina.

Schnell! Geh! (Der Sklave ab.)

Menglerig bin ich doch, was heut die Blätter sagen, daß meinen Bruder ich, den dümmen Keel, erschlagen. Ich weiß auch wahrlich nicht: was sel dem Engel bei, daß er sich werden ließ für die Fortschrittspartei? Er, ein Patrizier, mit jenem Volksgesindel, das ohnehin und schon mit seinem Freiheitsschwindel frecher von Tag zu Tag und ernstlicher bedroht! Ich konnt's nicht dulden, und — drum gab ich ihm den Tod. Ich that's wahrhaftig nur zu unfrei Haus' Ehren, von unfrei Namens Ruhm die Schande abzuwehren. Und sollt' vielleicht dadurch mein Erbtheil sich vermehren, so kann ich nichts dafür; ich spreche: Wie Zeus will! Er wird das Beste thun, ich halte nichts für!

Der Sklave

(kommt mit dem Verlangten zurück.)

Hier, Herr, die Zeitungen; hier Caffe mit Cognac, Auch ist Josephus da —

Catilina.

Das freche Judenpack!

Was will der Himmel?

Der Sklave

Er hat ein Papier in Händen,

Ein Schuldbrief Schein's.

Catilina.

Nicht zahlen, bis dahin müß' er sich schon gedulden, Dann würden ganz gewiß bezahlt all' meine Schulden.

Der Sklave.

Das hab' ich, Herr, bereits ihm ein'gemal gesagt.

Catilina.

Wie? Und der freche Keel hat's dennoch jetzt gewagt?

Der Sklave.

So ist's. Er giebt sich jetzt nicht länger mehr zufrieden.

Von den Kalenden werd' er immer auf die Iden

nicht von Anfang an auf die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten gerichtet war, so sei das Gesetz nicht anzuwenden.

Diese Auffassung des Staatsanwalts entspricht, wie Genosse Litgenau in der „Rhein-Westf. Arb.-Ztg.“ zutreffend darlegt, keineswegs dem Sinne des Gesetzes und der bisher gelübten Judikatur. Arbeiter, welche in ähnlicher Weise verfahren, wie die Düsseldorf'sche Schlotbarone, haben ganz andere Beurtheilungen von Seiten der Staatsanwälte gefunden.

Unser Parteigenosse, der die Anzeige erstattet hat, tritt natürlich für die Aufhebung der Bestimmung ein, welche die Eisen- und Stahlmänner verkehrt haben; er will nur festgestellt sehen, ob jene gesetzliche Bestimmung, so lange sie besteht, für jeden manu gültig ist. Hierüber zu befinden, ist nach der Ablehnung seitens des Staatsanwalts dem Oberstaatsanwalt Gelegenheit gegeben. Sein Bescheid wird uns sehr interessieren!

Die Verhandlungen in Konstantinopel über die Friedenspräliminarien dauern fort. Die Verhandlungen einiger Blätter, nach welchen die Räumung Thessaliens bereits begonnen hätte und 82 Bataillone nach Kreta entsendet seien, sind unbegründet. Nach einer Mittheilung der „Times“ aus Konstantinopel vom 25. d. M. nimmt ein Artikel der von den Botschaftern entworfenen Friedenspräliminarien Schiedsrichter bei jeder etwa auftretenden Meinungsverschiedenheit zwischen den griechischen und türkischen Bevollmächtigten in Aussicht.

Eine Depesche aus Kanea meldet: Die Admirale erklärten Dschavad Pascha, sie würden keinerlei Intriguen dulden. Dschavad wollte mit den Russischen in Verhandlung treten. Der Bischof Nicophorus erwiderte hierauf, die Russischen könnten nur durch die Admirale mit ihm in Beziehung treten. —

Aus Indien kommt die Meldung von einem neuen Angriff der Eingeborenen in den Grenzgebieten des Nordwestens auf englische Truppen. Aus Simla wird unterm 27. Juli depeeschirt:

In der vergangenen Nacht wurde das englische Lager bei Malakand in Tschitral von den Eingeborenen angegriffen. Auf englischer Seite wurden ein Lieutenant getödtet, drei Stabsoffiziere und ein Lieutenant verwundet. Die Kavallerie verfolgte den Feind, welcher sich heute früh zurückzog.

In Tschitral hatten die Engländer belanntlich während der ersten Monate 1895 sehr schwierige Kämpfe zu bestehen. Im Mai 1895 wurde der Widerstand der Eingeborenen gebrochen und das Land in englisch-indischen Besitz genommen. Ob der bewußte Angriff der Beginn eines größeren Aufstandes ist, läßt sich noch nicht übersehen; fast scheint es so und in diesem Falle würde England große Schwierigkeiten haben, mit diesen Bewohnern des unzugänglichen Hochgebirges fertig zu werden. —

Deutsches Reich.

Herr v. Miquel ist ein kluger Herr und er sucht die böse Lage, in welche sich die Regierung besonders auch durch ihr Verhalten zum Vereinsgesetz gebracht hat, nach Möglichkeit zu verbessern. Seine Sonnabend-Rede sollte die loyalen gewordenen Mittelparteier wieder freundlicher stimmen und ihren Groß einschläfern. Und heute wieder erzählt sein Leibblatt, was er doch für ein prächtiger Minister sei. Es sei ganz irrig, ihm vorzuwerfen, er wisse nur für die Einnahmen der Staatskasse zu sorgen, aber nicht für zweckmäßig zu verwenden; o nein, er werde auch in der Verwendung der Staatseinkünfte etwas leisten. Aber was? Die „Berliner Politischen Nachrichten“ lindern an, daß in der nächsten Session die Erhöhung der Besoldung der Beamten in betracht gezogen werden solle. Mehr Positives weiß das Blatt nicht zu berichten von Miquel's Zukunftsplänen. Das Schöne-Word-machen verzieht der neue Vizepräsident recht gut, aber auch er dürft damit nicht weit kommen. —

500 000 Mark kostet den preussischen Steuerzahlern die durch das Vereinsgesetz verursachte Verlängerung der Landtags-Session. —

Das militärische Element in der Postverwaltung verneht sich. Das Amtsblatt des Reichs-Postamts meldet folgende Ernennungen: Uebertragen sind: Dem Major a. D. von das Postamt I in Quercfurt, dem Hauptmann a. D. Baranowsky das Post-

amt I in Barth, dem Hauptmann a. D. Gräßner das Postamt I in Soldin, dem Hauptmann a. D. Pöngemann das Postamt I in Uerdingen, sämmtlich unter Ernennung zu Post-Direktoren. Die Thätigkeit des Herrn Gufaren-Staatssekretärs macht sich bemerkbar. —

Aus Nord-Schleswig. In Nr. 157 berichtete der „Vorwärts“, daß der Amtsrichter Rind in Lollund, Kreis Hadersleben, der Wittve Stamp in Ullerup bei Scherbeck eine Ordnungsstrafe von 100 M. angebroht hatte, falls sie nicht sofort ihre 14-jährige Tochter von der dänischen Schule in Heils bei Kolbing entfernen würde. Da Frau Stamp diesem Befehl nicht Folge leistete, hat sie nunmehr die Weisung erhalten, binnen 14 Tagen die 100 M. Geldstrafe einzuzahlen. Das Amtsgericht ordnet als Obervormund ferner an, daß das Mädchen jezt binnen 14 Tagen die Schule zu verlassen hat. Sollte dieses nicht geschehen, so hat die Mutter eine neue Geldstrafe von 150 M. zu erwarten.

Dieses geradezu einzig dastehende Vorgehen des Amtsgerichts hat in dänischen Kreisen eine tiefe Erbitterung hervorgerufen. Diese Erbitterung findet in dem steten Anwachsen des dänischen Sprach- und Schulvereins einen deutlichen Ausdruck und da darf es nicht wunder nehmen, wenn sich auch in den Kreisen der nord-schleswigschen Prediger immer mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß das scharfe Vorgehen der Behörden das Gegenheil von dem, was beabsichtigt ist, erreicht wird. So haben sich denn auch in den letzten 8 Tagen 2 Probsteiynoden mit der Sprachfrage befaßt. Am 20. Juli wurde auf der Probsteiynode der Probstei Törninge ein Antrag auf Einführung von 4 dänischen Religionsstunden und 2 dänischen Sprachstunden in den nord-schleswigschen Volksschulen mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Der Antrag geht an die Gesamtstiftung, die dann ihren Einfluß bei den maßgebenden Behörden geltend machen soll. Anknüpfend hier an diesen Beschluß schreibt die „Kieler Ztg.“, daß man durch die Verhandlungen in Törninge den Eindruck gewinnt, daß eine sehr ernste Stimmung in den nord-schleswigschen Gemeinden herrscht, und daß die Wünsche auf Abänderung des Schulplans spontan aus den Volkstreffen hervorkommen und daß die Geistlichen durchweg die Beschwerden der Dänen gerecht finden, aber zum theil wegen der ablehnenden Haltung der Regierung und der in ihrem Namen abgegebenen so entscheidenden Erklärung in betreff etwaiger abweichender Anschauungen der Beamten Bedenken tragen, sich auf die Seite der Dänen zu stellen. Auch die Probsteiynode der Probstei Sonderburg beschäftigte sich dieser Tage mit derselben Angelegenheit und auch hier wurde mit großer Majorität ein Antrag angenommen: — daß wir in unseren Volksschulen außer 4 dänischen Religionsstunden 2 dänische Sprachstunden erhalten. So wenig Werth wir nun auch im allgemeinen Synodalbeschlüssen beimessen, so geht doch aus dem Mitgetheilten hervor, daß von Kennern des nord-schleswigschen Volkslebens die jezt herrschende Regierungspolitik als verfehlt angesehen wird. Das wird jedoch die Regierung nicht abhalten, in ihrer Weise, wenn auch unablässig, für die weitergreifende Erbitterung immer größerer Volkstheile zu sorgen. —

Der Polizei-Agent Raporra in Danzig, der auch mit der Benussichtigung der dortigen polnischen Vereine betraut gewesen, ist dem „Kurier“ zufolge zum Kriminal-Kommissar ernannt worden. Gleichzeitig mit dieser Ernennung hat Raporra seinen bisherigen Namen in „Rapowski“ umgewandelt. Keine Namensänderung kann die Leistungen des Herrn Raporra in der Zeit des Sozialistengesetzes in Vergessenheit bringen. —

Leipzig, 27. Juli. (Fig. Ber.) Die Reichstagswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Leipzig, wo sich bei der letzten Hauptwahl die Nationalliberalen und die Nationalisten eigene Kandidaten leisteten, wird für die nächste Wahl um einen Kandidaten reicher werden. Die Krämer-Vereinigung gegen die Konsumvereine will, da der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Georgi, Gegner einer Sondersteuer für Konsumvereine ist, einen eigenen Kandidaten aufstellen. Eine fünfgliedrige Kommission soll einen geeigneten Kandidaten ausfindig machen. —

Landtagswahlen und Hausbesitzer in Sachsen. Aus Dresden wird uns geschrieben: Die Generalversammlung der Hausbesitzer-Vereine in Sachsen, die im August in Meissen tagen wird, will auch über die Stellungnahme zu den Landtagswahlen verhandeln. Das Bestreben in den Kreisen der sächsischen Hausbesitzer geht dahin, sich eine Vertretung für ihre ganz speziellen Interessen zu verschaffen. Schon im Vorjahre hat man auf der Generalversammlung darüber verhandelt. Seitdem haben die einzelnen lokalen Vereine die Frage diskutiert, so daß man in Meissen zu ganz bestimmten Beschlüssen kommen wird. Man kann gespannt sein, wie sich diese neue Interessenvertretung entwickeln wird.

Dressilla.

Wie? So geheimnißvoll?

Wahrlich, ich weiß nicht was ich davon denken soll.

Catilina.

Das kleine Hinderniß, das uns im Wege stand,

Ist weggeräumt.

Dressilla.

Er starb?

Catilina.

Von jenes Sklaven Hand.

Jetzt, Dressillchen, bist du ungehindert mein.

Komm in mein Kabinett, wir wollen glücklich sein.

Dressilla.

Wir, glücklich? Nein, mir ist ganz bang' vor dir geworden.

Vor kurzem liehest du den Bruder erst ermorden —

Catilina.

Ich that's, weil er 'ne Schmach, ein Schandstüd der Familie.

Dressilla.

Und jeho knicktest du die kaum erblähte Lilie,

Den kleinen Sohn!

Catilina.

Auch das ist nur Familiensache.

Dressilla.

Und fürchtest nimmer denn du des Gesetzes Rache?

Catilina.

Gefeh? Was ist Gefeh? Ein Popanz des gemeinen

Uebelgerucks, doch nicht gemacht für unser Eien!

Gefeh macht der Staat, und dieser Staat — sind wir;

Und un're Sahung heißt: Car tel est notre plaisir.

Dressilla.

Wie, wenn sie aber doch —

Catilina.

Sie sollen es nur wagen,

Mich, Lucius Sergius Catilina anzuklagen!

Schnüchlich wart' ich längst auf die Gelegenheit,

Und längst ist alles schon zum klühen Streich bereit.

Mit jedem Tage wächst des Bürger's Uebermuth,

Mit jedem Tage steigt die wilde Pöbelstuth;

Und dünnen wir sie nicht, raubt sie dem Adel bald

Den letzten Schatten noch ererbter Staatsgewalt.

Zu schonend und zu mild hat Sulla noch regiert,

Biel zu gelind, und viel zu wenig proskribirt.

Solche Mahregeln sind — jezt zeigt sich's — nimmer gut;

Solch' Uebel wird kurirt durch Eisen nur und Blut.

Alein noch leben wir, und was ein Sulla kann,

Soll auch ich, und ich bin noch ein anderer Mann!

Ich warte klüglich ab den günst'gen Augenblick,

Dann stürz' ich klühen Streich die Pöbelrepublik.

Die Mittel sind mir gleich, wenn sie nur helfen; ein

Perz'hafter Bürgerkrieg soll höchst wohlthätig sein.

Perz'hast auch das Vaterland zu Grund: vor allen Dingen

Will ich das Junkerthum zu Ehren wieder bringe.

(Der Gesang fällt der Vorhang)

Vertröstet; wären dann die Iden endlich da,

So hieß es wiederum: zu den Kalenden — —

Catilina.

Da!

Hat er also gesagt? Dann — schweiß den Juden 'raus;

Und kommt er wieder, bin ich nie für ihn zu Haus!

Der Sklave.

Wie du befehlst, o Herr! (ab.)

Catilina.

So kann's nicht länger gehn,

Sonst geht der Staat zu Grund! Es muß etwas geschehn!

Kurella Dressilla, seine Geliebte (tritt ein).

Warum so aufgeregt? Mein Freund, was fehlt dir?

Catilina.

So eben war Joseph, der freche Jude, hier;

Der Unverschämte — denk! — er wollte Geld von mir!

Dressilla.

Und das kann meinen Freund so fürchtbar erschauern?

So laß den Juden doch ganz einfach massakriren.

Catilina.

War's nur kein Jud! Die sind so leicht nicht umzubringen!

Doch lassen wir das ruhn; und angenehmeren Dingen

Soll jezt gewidmet sein des Morgens heit're Stunde!

Ein Druck von deiner Hand, ein Kuß von deinem Munde,

Mein Dressillchen, treibt mir alle Sorgen fort.

Komm her und küsse mich.

Dressilla.

Du weißt, ich gab mein Wort:

Nicht einen Kuß, eh' wir vermählt als Gatten sind.

Catilina.

Du warst zu kühn doch so spröde nicht, mein Kind!

Und daß wir nicht vermählt, wer ist denn Schuld daran?

Du weißt es: ging's nach mir, ich wäre längst dein Mann.

Du aber willst ja nicht!

Dressilla.

Wie oft sagi ich's dir schon:

Das ein'ge Hinderniß ist mir — dein kleiner Sohn.

Catilina.

Ist's wirklich weiter nichts, das wollen wir besorgen!

(Er ringelt. Der Sklave tritt auf, Catilina sagt ihm etwas ins Ohr.)

Der Sklave.

Wie du befehlst, o Herr. (ab.)

Catilina

(zu Dressilla)

So ist die Hochzeit morgen.

Dressilla.

Wie so? Was willst du thun?

Der Sklave

(tritt wieder ein.)

Es ist schon ausgeführt.

Der Kleine schlief und hat gar nichts davon gespürt.

Catilina.

Gut! Du kannst wieder gehn.

(Der Sklave ab.)

*) Aus dem Volkskalender des Kladderadatsch vom Jahre 1893, aber 1897 sehr aktuell.

Bemerkenswerth ist, daß die Grundbesitzervereine, die also öffentlich Politik treiben, bisher von Seiten der Behörden nicht als politische Vereine angesehen und nicht den entsprechenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes, die gegen die Arbeiter so überaus streng gehandhabt werden, unterstellt werden.

Gotha, 26. Juli. (Fig. Ber.) Landtag. Außer den Justiz-Verwaltungsbeamten und den Lehrern erhalten von dem gutmüthigen Landtag nun auch die Geistlichen ihre Gehaltsaufbesserung, und zwar beträgt das Gehalt von jetzt ab außer Ephoral- und Filialdienste, die besonders vergütet werden, 1800-3600 M. und freie Wohnung.

Die sozialdemokratische Fraktion trat bei dieser Gelegenheit entschieden und nicht ohne Geschick für die Trennung der Kirche vom Staat ein. Sämmtliche Redner, auch der Minister v. Strenge, ein sonst schlagfertiger Redner, waren nicht im Stande, die Gründe, welche unsere Redner für ihren Antrag ins Feld führten, zu entkräften. Dem früher liberalen Ministerium und den liberalen Abgeordneten rief unser Redner entgegen, daß wir mit dieser Forderung eine alte liberale Forderung vertreten. Der Unterschied zwischen Liberalen und Sozialdemokraten sei jedoch der, daß jene nicht mehr den Muth haben, ihre eigene frühere Forderung zu vertreten, während die Sozialisten sich mit Energie dieses verrathenen liberalen Kindes annehmen und es groß ziehen.

Der Herr v. Strenge befuhrwortete die Gehaltserhöhung damit, daß das feste Gehalt der geistlichen Organisation gegen die unregelmäßigen Bestrebungen von außerordentlichem Nutzen sei.

Ein freilichtiger Geistlicher hat wegen einiger religiöser Zitate unseres Redners, die dem Herrn sehr unangenehm gelungen haben mögen, einen Aufruf erlassen, mit „dem Schwert des Wortes“ von den Kanzeln den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Heute mußte der Religionsvertheiliger derbe Wahrheiten über sich ergehen lassen. Unser Redner lud die Herren Geistlichen zu Disputationen ein. Wir wollen abwarten, ob die Herren darauf eingehen.

Die bayerischen Volksparteier hielten in Neu-Ulm a. d. S. eine Landesversammlung ab, auf der Dr. Quide über die Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen sprach. Als Leitmotiv für die Taktik des Wahlkampfes stellte Dr. Quide den Grundsatz auf, alle Parteien der Linken müßten gegen die Reaktion zusammenhalten und es sollten deshalb alle Schärpen unter diesen Parteien selbst vermieden werden. Landrath Kröhl-Würzburg referirte über die Agrarfrage und den von ihm vorgeschlagenen Forderungen auf diesem Gebiet stimmte die Landesversammlung einstimmig bei; neues enthalten dieselben nicht. Ferner stellte man das Verlangen an die bayerische Regierung, daß sie gegenüber der in Berlin immer schärfer hervortretenden Neigung zu einer persönlichen Regierung und zu gewaltthätiger Reaktion den föderativen Charakter des Reiches zu wahren und mit der Verfassung zugleich die Volksrechte ehrlich in Schutz nehmen möge. Auch bezüglich der Militär-Strasprozeßordnung wünschte die Versammlung, daß die bayerische Regierung nur einem solchen Entwurf zustimmen soll, der mindestens die bayerischen Einrichtungen (Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Ständigkeit der Gerichte etc.) enthalte.

Ungarn.

Budapest, 27. Juli. Zum 30. Juli abends ist eine Konferenz der liberalen Partei einberufen; auf derselben wird Ministerpräsident Baron Banffy weitere Vorschläge zur Bekämpfung der Obstruktion machen und, wie verlautet, weitergehende Maßregeln beantragen.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. (Fig. Ber.) In der gestrigen Nachtwahl zum Senat im Seine-Departement (an Stelle des verstorbenen Arbeiter-Renegaten Tolain) siegte das radikale Mitglied des Pariser Gemeinderathes, Paul Strauß. Soweit bietet die Wahl nichts Ueberraschendes, da die Opportunisten nicht einmal gewagt haben, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Von Interesse ist aber, daß Strauß, wenn auch nur mit 13 Stimmen Mehrheit im dritten Wahlgang, über den entschiedeneren Radikalen Dr. Bourneville gesiegt hat, und das natürlich mit Hilfe der Ordnungsparteier. Von sozialistischer Seite wurden zwei Kandidaten aufgestellt, die im ersten Wahlgang zusammen 85 von den 706 abgegebenen Stimmen erhielten, darunter der gewerbliche Bürgermeister von Jory (bei Paris), Roussel, 12 Stimmen.

England.

London, 27. Juli. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die jüngsten vertraulichen Konferenzen des Ministers Chamberlain mit den Premierministern der Kolonien zum Zwecke eines engeren Zusammenhanges des Mutterlandes mit den

Kolonien ein vollständiges Fiasko ergeben haben. Jeder einzelne zur Verhandlung gelangte Punkt wurde abgelehnt.

Wer zerstört die Familie? Selbstverständlich die Sozialdemokratie, so würde jeder Beser der freiservativen Welt. N. Nachr. behaupten. Wenn man in dem gleichen Blatte nun liest, wie sehr der Prinz von Wales und die ihm nahestehenden Zeitungen und Politiker gegen die Königin Viktoria intrigirt, ihr das Leben verbittert haben, dann wird man auf die Frage „Wer zerstört die Familie?“ eine ganz andere, als die in jenen Kreisen landläufige erhalten. Das Organ des Herrn Kardoff schreibt:

Der jüngst veröffentlichte Brief der Königin findet nachträglich noch besondere Beachtung. Ein besonderer Anlaß zu dem nochmaligen warmen Ausdruck ihrer Gefühle des Dankes für die bei der Jubelfeier hervorgetretene Volksgemüth lag eigentlich nicht vor. Die Herrscherin hat sich schon genügend darüber öffentlich ausgesprochen. In dem Schlusse: sie wolle mit Gottes Hilfe fortfahren, ihre Pflichten für die Wohlfahrt ihrer Unterthanen zu erfüllen, „so lange ihr Leben andauere“, liegt der wahre Grund der Veröffentlichung. Damit ist — wie die „Daily News“ sagen — der „Auslaß abgemachter Gerichte“ ein Ende gemacht, die „aus der königlichen Hofhaltung hervorgegangen sind, deren Mitglieder nur unvollkommen den ihnen zukommenden Geschäften obliegen“. Mit jener Hofhaltung ist, wie der „N. Fr. Pr.“ aus London geschrieben wird, selbstverständlich der besondere Hofstaat Sr. Igl. Hoheit des Prinzen von Wales, nicht der persönliche der Königin, gemeint. Hier wird eine Erinnerung an Plage sein, die auf die Zeit zurückgeht, wo der Prinz die ursprüngliche von dem dänischen Lord Palmerston herbeigeführte Heirat mit der Tochter des Königs von Dänemark vollzogen hatte. Damals wurde ganz plötzlich die in tiefer Bitterkeit beendete, nach Kopenhagen hin sich in völliger Abgeschlossenheit haltende Königin Viktoria eines Morgens von einem Reiterartikel der „Times“ überrascht, der ihre Abankung zu Gunsten ihres Sohnes empfahl! Die Forderung machte ungeheures Aufsehen bei der bekannten einflussreichen Stellung des Weltblattes. Ein so ungewöhnliches Verfahren rief allgemein die Ueberzeugung hervor, daß ein einflussreicher Kreis hinter der Sache stehe, der übrigens offenbar mit der Zustimmung des Prinzen, höchst wahrscheinlich auf seine Anregung hin gehandelt habe. Man weiß, daß das Verhältnis zwischen der Mutter und ihrem Sohne viele Jahre hindurch außerordentlich viel zu wünschen übrig ließ; sie sahen sich kaum, in Gesellschaft stelen darüber eine Menge Bemerkungen. Wiederum wurde die Herrscherin und die öffentliche Meinung eines Tages ausserst durch eine Rede des damals in der Opposition befindlichen Lord Chamberlain überrascht, der ebenfalls, in geradzu unehrerlichen Worten, auf die Thronbesteigung des Prinzen hinarbeitete. Es war bei einem Gastmahle von Vätern, dem er als Gutsherr anwohnte, das Chamberlain erklärte: „Die Königin sei tollpörrisch und sittlich unfähig geworden, die Regierung fortzuführen...“ Aus dem Munde eines solchen Mannes kam dies dem Verlangen nach Absetzung durch Parlamentsbeschluß oder durch eine Palastumwälzung gleich. Es ist Chamberlain (Lord Beaconsfield), der daraubhin begreiflicherweise in die tiefste Ungnade verfiel, gleichwohl in späteren Jahren gelangen, sich bei der Königin in die höchste Gunst zu setzen. Er erwies sich, nachdem er zur Premierchaft gelangt war, als vollendetes Hoffmann und wurde, indem er für die Herrscherin den Kaiserthron schuf, förmlich zu ihrem Günstling. Kaum kann es einem Zweifel unterliegen, daß die von den „Daily News“ erwähnten „abgemachten Gerichte“, als gedente die Königin nach der Jubelfeier abzutreten, offenbar dazu bestimmt waren, die öffentliche Meinung für den Gedanken der Thronbesteigung des Prinzen von Wales vorzubereiten, indem man die Herrscherin selbst als der Regierungslast müde geworden darstellte und gleichzeitig die Nachricht verbreitete, ihr Augenlicht sei fast erloschen. Diese Perumschwägerin sind durch das von den „Daily News“ mit diesen Letztern gedruckte Schreiben abgehau.

Sehr lehrreich ist diese Darstellung. Die kindliche Treue, der Sinn für die Familie, das erhabene monarchische Vorbild für Religion, Ordnung und Sitte leuchtet aus jedem Satz dieser Darstellung heraus.

Amerika.

New-York, 27. Juli. (Frank. Fig.) Das Zollamt erklärt offiziell, der neue Tarif sei Freitag nachts 12 Uhr in Kraft getreten.

nen „Römischen Volksverein“ — ich würde „Treu und Glauben“ sagen, Wäre nicht der Name schon vernunft und abgetragen Und mit dem Fluche der Erbarmlichkeit geschlagen. Der Zweck — darüber seid wir Alle wohl im Reinen — Ist: nicht feudal zu sein und völkisch thätig zu sein. Die Mittel — Jedermann, der sich bei uns betheiltigt, Weiß: unsere Mittel sind stets durch den Zweck geheiligt.

Bravo!

Catilina.

Als erstes Mittel scheint für unser Interesse Die Gründung nötig mir 'ner gutgeleiteten Presse. Drum stiften Blätter wir, Blätter für Geist und Herz. Das eine für den Ernst, das andre für den Scherz. Das Erste mag meinthalb „Römische Volksblatt“ heißen; Das Andre aber, wo wir unsre Wähe reifen, Ein Erscheinen muß es sein, ein rechter Pfiffikus, Das nennen wir „Parvus Reactionarius.“

Bravo!

Catilina.

Wenn wird ein Jeder das Abonnement entrichten. Sonst fordert der Verein von euch nicht weitere Pflichten, Als höchstens: hier und da Adressen unterschreiben, Die guten Freunde zu Demonstrationen treiben, Erzählen und Zumältschen liefern, auch bekweifen, Seid ihr in Uebermacht, die Demokraten teilen. Vor Allem aber gilt's, lutz vor und nach den Wahlen Mit aller Energie den Herren Liberalen Durch tapfern Häusersturm und eingenorne Scheiben Die Freiheitschwindelei recht gründlich auszutreiben. Daß ihr bei solchem Dienst, geweiht dem Vaterlande, Frei Schnaps und Bier bekommt, versteht sich ganz am Rande.

Bravo!

Catilina.

So seht' ich denn, ihr seid mit mir ganz einverstanden, Und ich verpfligt' euch jetzt, gleichwie durch Eides Bänden, Der Sache treu zu sein und unsres Rufs gewärtig! Wollt ihr das Alle?

Alle.

Ja!

Catilina.

So sind für heut wir fertig, Und ich entlass' euch nun als treue Bundesgenossen — 's bleibt alles unter uns! Die Sitzung ist geschlossen. (Die Gesellschaft geht ab.)

Catilina.

Das wäre abgemacht! Die Sache ging famos; Mit dieser Garde troh ich allen Cicero's! Fürwahr, ein herrlich Volk, handfest und fit zum Ranzen, Und gar nicht scrupulös! Für einen Schnaps verlaufen Sie ihre Seelen und die Leiber noch dazu! 'ne staltliche Arme, so recht nach meinem Goate! In ihrer Spitze Ich — so muß es mir gelingen: Ich muß das Junkerthum zu Ehren wieder bringen. (Der Vorhang fällt vor Bewunderung zur Erde.)

Importeure wollen diese Entscheidung gerichtlich anfechten, da große Summen auf dem Spiele stehen.

Parlamentarisches.

Das Herrenhaus hat, der Geschäftsübericht zufolge, abgehalten von der Eröffnungs- und Schlußsitzung, 27 Plenarsitzungen abgehalten, die Abtheilungen sind zu 7, die Kommissionen zu 68 Sitzungen versammelt gewesen. Außer dem Etat und verschiedenen Rechnungssachen sind dem Hause seitens der Regierung 32 Gesetzentwürfe und 4 Verträge vorgelegt worden. Die Zustimmung beider Häuser des Landtages haben neben den Etatsvorlagen und den 4 Verträgen 80 Gesetzentwürfe gefunden; abgelehnt, und zwar im Hause der Abgeordneten, ist 1 Gesetzentwurf, nämlich derjenige zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine. Unerledigt geblieben sind zwei Vorlagen: nämlich in dem Hause der Abgeordneten der diesem Hause zuerst vorgelegte, an das Herrenhaus nicht gelangte Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten in der Provinz Schlesien — im Herrenhause die zweite Denkschrift über die Ausschließung des Gesetzes vom 18. August 1895, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Zwei aus der Initiative von Mitgliedern des Herrenhauses hervorgegangene Gesetzentwürfe, betreffend die Ergänzung einiger jagdrechtlicher Bestimmungen, und betreffend Abänderung der hinsichtlich der Jagd auf Wasservogel für Ostpreußen geltenden gesetzlichen Bestimmungen, gelangten auch im Abgeordnetenhause zur Annahme. Von den aus der Initiative von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen beiden Gesetzentwürfen fand nur der, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870, auch die Zustimmung des Herrenhauses, während der Gesetzentwurf, betreffend die Verpflichtungen der bürgerlichen Gemeinden bezüglich der Bauten und Reparaturen von Kirchen-, Pfarr- und Küstergebäuden, von ihm abgelehnt wurde. In selbstständigen Anträgen von Mitgliedern des Herrenhauses sind 7 zu verzeichnen; davon wurden 3 angenommen, zum Theil in anderer Formulierung, 2 wurden durch anderweitige Beschlußfassung erledigt, 1 wurde abgelehnt und 1 blieb unerledigt. Drei von Mitgliedern des Herrenhauses eingebrachte Interpellationen fanden ihre geschäftsordnungsmäßige Erledigung. Die eingebrachten sind bis auf 2 erledigt worden. Unerledigt geblieben ist ein dem Herrenhause von der königlichen Staatsregierung übermittelter Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung wegen einer Beleidigung des Herrenhauses durch einen Zeitungsartikel der „Magdeburger Volksstimme“.

Partei-Nachrichten.

Partei-Konferenzen. Für den Reichstags-Wahlkreis West-Prignitz findet am Sonntag, den 1. August eine Konferenz in Wittenerberge statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Stellungnahme zur Landtagswahl. — Die Genossen des Kreises Ruppiner-Templin halten ihre diesjährige Kreis-Konferenz am 15. August in Gransee ab. Auch hier soll Stellung zu den Landtagswahlen genommen werden. — Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Prenzlauer-Angermünde wird am 29. August in Prenzlau abgehalten. — In Gomburg v. d. H. hält der Wahlkreis Höchst-Homburg-Ursingen-Idstein am 19. September seine Kreis-Konferenz ab. — Die Kreis-Konferenz für Mecklenburg und Lübeck ist für den 5. und 6. September in Lübeck anberaumt.

Partei-Angelegen. Der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis hat im 2. Quartal 1897 eine Einnahme von 5891,92 M. gehabt, der eine Ausgabe von 4936,05 M. gegenüber stand; unter letzterer befinden sich 1000 M. zur Tilgung der Schulden vom Hafenarbeiterausstand.

Zu parteigenössische Kreise einzubringen versuchte in Halle a. S. ein Mann, der organ. Redakteur Roland aus Berlin zu sein. Er habe soeben eine Gefängnisstrafe wegen Preßsünden abgemacht. In die Enge getrieben, gab er vor, Roland sei nur sein Schriftstellersname, in Wirklichkeit heiße er Dr. Hernando Rodrigo Alvarez, sei Reserveleutnant u. s. w. — Wir halten es für angebracht, den Parteigenossen mitzutheilen, daß, wer immer jener vielseitige Herr sein mag, er nicht identisch ist mit unserm Redaktionskollegen Roland (Dierl), der vor einigen Wochen aus der Gefängnisstrafe zurückgekehrt ist und der seine Thätigkeit in der Redaktion bereits seit einiger Zeit wieder aufgenommen hat.

Das Schwarzwälder Parteikreis in Wiltzingen, das am Sonntag die Genossen aus der badischen und württembergischen Nachbarschaft in dem freundlichen Städtchen zusammenführte, nahm einen glänzenden Verlauf. 4-5000 Männer und Frauen hörten unter größter Sonnenhitze die Rede Debel's, der neben einer bestehenden Verpötlung der hiesigen Polizeipraktiken im badischen Mutterland eine klassische Widerlegung der gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe und eine treffliche Schilderung der Zustände der kapitalistischen Gesellschaft bot. Genosse Krohn-Konstant, der Kandidat des Wahlkreises, hatte das Fest eröffnet, das durch die Furtwanger und Schwanninger Musikkapellen, den gemischten Chor Offenburg und die Arbeitergesangsvereine von Furtwanger, Schwanningen und Luitlingen vornehmlich wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Gehausucht** wurde mit einem Aufgebote von 10 Kriminalbeamten am Montag früh in Frankfurt a. M. beim Reichstags-Abgeordneten Wihl. Schmidt, in der Expedition der „Volksstimme“ und in der W. Schmidt'schen Druckeret. Es handelte sich um ein Flugblatt, das tags zuvor in 60000 Exemplaren in Frankfurt und Umgebung verbreitet worden war. In demselben giebt Genosse Schmidt der Wählererschaft einen Ueberblick über die Thätigkeit des Reichstags in jüngster Zeit. Was die Staatsanwaltschaft an dem Inhalte Strafbares gefunden zu haben meint, ist den Betheiligten vorläufig unbekannt. In der Druckerei wurde ein Rest von 1200 Exemplaren beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Töpler! Neuerdings soll, wie uns aus dem Verbandsbureau der Töpler geschrieben wird, versucht werden, in Berlin Henscher nach Braunschweig anzuwerben. Die Töpler in Braunschweig befinden sich im Streik und ist es deshalb geboten, daß der Zug von Töplern nach dort fern gehalten wird. Auch in Rostock und Wilhelmshaven dauert der Streik der Töpler unverändert fort; desgleichen droht in Pirna ein Streik auszubrechen. Die Kollegen wollen dies beachten und diese Ortsschaften bis auf weiteres meiden.

Deutsches Reich.

Die Steinarbeiter nehmen demnächst eine Urabstimmung vor über die fernere Gestaltung ihres Fachblattes. Das Organ der Steinarbeiter war bisher der „Bauhändler“. Dieser hat aber, wie ein vom „Zentralauschuß“ an die Steinarbeiter erlassenes Flugblatt besagt, durch die auf dem Kongreß der totalorganisierten Gewerkschaften beschlossene Gründung der „Einigkeit“ eine arge Einbuße an Abonnenten erlitten. Nur die Steinarbeiter bleiben noch als Abonnenten übrig; der Ausschuß meint nun, daß der „Bauhändler“ für sie allein zu theuer sich gestalten werde und schlägt den Mitgliedern vor, eine eigene Zeitung unter günstigeren Bedingungen zu gründen.

Ueber die meist planlosen Streiks der ober-schlesischen Bergleute erhält die „Sächs. Arb.-Ztg.“ folgende Zuschrift aus Oberschlesien: Seit kaum einer Woche sind im Industriegebiete nicht weniger als fünf Streikversuche unternommen worden. Aus den verschiedensten Theilen des Industriegebietes kommen die Streiknachrichten, und die betreffen sowohl Steinkohlen- als Erzbergwerke.

Zin- und Eisenhütten. Sämtliche Ausstände sind völlig planlos unternommen worden; glücklicherweise aber verhielten sich überall die Streikenden vollkommen ruhig. Außer geringfügigen Verprügelungen haben die Arbeiter nichts erreicht. Die Behörden fahnden eifrig nach Agitatoren und „Hebern“; natürlich ohne Erfolg, da die Ausstände rein spontane Erhebungen sind. Eher könnte man vielleicht die von rheinisch-westfälischen Grubenwerken abgeordneten Agenten als Unruhstifter bezeichnen, die hier wieder Arbeiter für das Ruhrgebiet anwerben. Den meisten Erregungsstoff liefert aber ohne Zweifel das Hin- und Hergehen der Lebensmittelpreise. Die Streikenden einer Grube in der Grenzgegend verlangten in bezeichnender Weise eine „Zweierzulage“. Betroffen sind bis jetzt von dem neuwachten Streikfieber: 1. die Kohlengrube „Eythandra“ bei Antonienhütte, 2. die Erzgrube „Samuelsglück“ bei Bleischarke (beide Gruben sind Gewerkschaftseigentum), 3. Haldschinsky's Röhrenwalzwerk in Gleiwitz, 4. die Zinkhütte „Paul“ in Buronow, v. Giesche's Erben gehörig, 5. die zwei benachbarten Schächte „Kaiser Wilhelm“ und „Nichtshofen“ auf der kons. Gieschegrube zwischen Roddwin und Janow, die der Aktien-Gesellschaft Georg v. Giesche's Erben gehört. Auf dieser Grube beträgt die Zahl der Ausständigen 450.

In zwei Stettiner Oelfabriken haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie für 11 stündige Arbeitszeit eine Lohnerhöhung von 2,50 M. auf 2,75 M. verlangten und nicht erhielten.

Aud abermals der § 153. Vom Apenrader Schöffengericht wurde der Vorsitzende der Zahlstelle Apenrade des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Mehbold wegen Bedrohung und Verurteilung zu 4 Wochen Gefängnis und wegen Fluchtverdachts zu sofortiger Abhängung verurteilt. Im Verbandsorgane war über eine Werkstelle die Sperre verhängt und die Verbandskollegen aufgefordert, dort nicht in Arbeit zu treten. Außerdem waren die Namen der in der gesperrten Werkstätte Weiterarbeitenden veröffentlicht. Daraus hin wurde die obige Strafe verhängt.

Der bisherige 2. Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, C. Landahl, hat sich demnach vor dem Landgericht Hamburg wegen Vergehens gegen § 180 St.-G.-B. zu verantworten. In einem Ende Februar d. J. über ganz Deutschland, vornehmlich aber über das Gebiet von Hamburg-Altona verbreiteten Flugblatt, das einen Rückblick auf den Hiesigen Streik der Fabrikarbeiter gab und das von Landahl verantwortlich gezeichnet war, hat die Staatsanwaltschaft Aufregung zu Gewalttätigkeiten u. s. w. entlockt. Ursprünglich war auch Vorstand, Geschäftsführer der Hamburger Druckerei und Verlagsanstalt, in der das Flugblatt hergestellt war, mit in das Verfahren hineingezogen, später ist derselbe jedoch außer Verfolgung gesetzt.

Einen schnellen Erfolg hatten die Maurer von Neumünster. Sie traten am 25. d. M. in einen Streit ein. Sie forderten Anerkennung eines von ihnen vorgelegten Lohn tariffs auf ein Jahr. Danach soll der Minimal-Stundenlohn von 34 auf 35 Pf. erhöht werden, Ueberstunden sollen mit 40 Pf., Sonn- und Festtags, Wasser-, Nacht- und außergewöhnliche Arbeit mit 60 Pf. bezahlt werden. Heute ist die Arbeitseinstellung so gut wie beendet. Sämtliche Meister bis auf zwei haben den Tarif anerkannt und unterschrieben. Es wird daher auch an fast allen Bauten wieder gearbeitet.

Als „unbegreiflich“ zurückgewiesen ist von dem Polizeipräsidenten zu Hannover die Beschwerde des Bevollmächtigten der dortigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes gegen die seitens des überwachenden Beamten angeordnete Ausweisung zweier Frauen aus einer Mitgliederversammlung. Die Abweisung wird begründet mit dem Hinweis, daß der Verein durch polizeiliche Verfügung im Vorjahre zu einem „politischen“ erklärt worden sei; dies sei auch von Regierungspräsidenten bestätigt worden, mithin dürften also Frauen und Schüler an Versammlungen nicht teilnehmen. — In der That recht bequem: Man „erklärt“ einen Verein als einen politischen, läßt das vom „liberalen“ Regierungspräsidenten bestätigen und ist dann im Stande, eine Reihe weiterer beschämender Maßnahmen zu treffen.

In Magdeburg streikten die Steinseher; ferner die Weisgerber der Firma Jäncke und die Arbeiter der Schneiderischen Harmonikfabrik.

Die Metallarbeiter Krause, Riemann und Goedt in Chemnitz sind vom dortigen Landgericht zu 1 bzw. 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie den Geschäftsführer der Arbeiternachweiskasse der Chemnitzer Eisenindustrie beleidigt haben sollen. Sie hatten in einem Flugblatt die Handhabung der Kasse jenes Beamten abfällig kritisiert.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: „In der Nr. 35 vom Jahre 1895 hatte der „Gewerkschafter“ eine Notiz über die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik von Friedrich Groß in Soest gebracht, die sich nicht in allen Theilen als richtig erwies. Die Firma hatte deshalb gegen den Redakteur des „Gewerkschafter“, Reichstags-Abg. Seyer, Privatklage wegen Beleidigung erhoben. Vor dem Schöffengericht in Leipzig wurde heute die Klage durch Vergleich erledigt. Seyer nahm, soweit unrichtige Angaben in dem Bericht enthalten sind und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen mit Bewahren zurück, verpflichtete sich, die Erklärung im „Soester Kreisblatt“, „Soester Anzeiger“ und im „Tabakarbeiter“ zu veröffentlichen und Übernahme die Kosten, während die Kläger Strafzahlung und Klage zurücknehmen.“ — Wieder ein Beweis, in wie leichtfertiger Weise an die Redaktionen oftmals übertrieben wird. Man sollte sich sehr hüten, bei Einblendungen zu überreiben bzw. Dinge zu behaupten, die vor Gericht nicht zu beweisen sind.

Zur Vergarbeiter-Bewegung im Revier Neuselwitz-Altendorf. Die Situation ist unverändert, der Streik dauert fort. Auf Grube „Vereinsglück“ traten am Donnerstag 20 Mann in den Ausstand, 11 davon erhielten sofort die Entlassung. Auch auf dem „Wilhelmshacht“ wurden 11 Arbeiter als „Rädelsführer“ gemäßregelt. Die Verwaltungen erließen in Altenburger und Neuselwitzer Blättern an alle Arbeiter die Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Sonnabend, den 24. Juli, früh aufzunehmen, widrigenfalls alle als entlassen betrachtet werden müßten. Dieser „freundlichen Einladung“ ist aber kein Arbeiter nachgekomen, wie sich überhaupt bis Sonnabend Abend nur fünf Streikbrecher gefunden haben. Am Freitag Vormittag hatten sich zwei Mitglieder der Zentral-Streikkommission zu dem Landrath v. Stör in Altenburg auf dessen Ansuchen begeben und im Anschluß hieran saub am Sonnabend Vormittag eine Zusammenkunft der gesamten Direktoren und der Streikkommission unter dem Vorsitz des Landraths im Stadthause zu Neuselwitz statt, die aber resultatlos verlief, denn als ein Vergleichen auf die Worte eines Direktors, daß sie eigentlich nur gewollt seien, mit ihren Belegschaften zu verhandeln, dies als tieftraurig bezeichnete, da die Zentralkommission doch von allen Arbeitern gewählt sei, verließen die Herren das Zimmer. Auch die Bemühungen des Herrn Landraths, die Direktoren zur Verhandlung zu bewegen, blieben erfolglos. Jedemfalls wollen die Herren nicht das geringste bewilligen, darum ihr unmotiviertes Fortgehen. Die Arbeiter hatten dann am Nachmittag in Neupodeřchau eine öffentliche Versammlung, in der beschlossen wurde, mit allen Kräften auszuhalten und am Montag event. den Generalstreik zu proklamieren, wodurch dann jedenfalls die Arbeiter der noch in Arbeit befindlichen vier Gruben sich anschließen werden.

Am Sonnabend Abend erhielten alle Bergleute, die sich von den Werken den noch rückständigen Lohn abholten, den Abwehrschein, sie sind alle entlassen. Dieser Scherzschuß hat aber keine Wirkung vollständig verfehlt, denn da die Herren Direktoren doch nicht selbst in die Grube saßen und die Kohlen fördern wollen, sonst aber Arbeiter sich nicht finden, die für den niedrigen Lohn die schwere Arbeit des Bergmanns thun wollen, so wird man wohl oder übel zu den alten Arbeitern zurückkehren müssen.

Die erste Unterstützung wurde am Sonnabend Abend ausbezahlt, wenigstens denen, die keinen Lohn erhielten und deshalb die Unterstützung in Anspruch nahmen. Zu unterstützen sind etwa bis jetzt 700 Mann, da ca. 150 unverheiratete Leute abgereist sind, ebenso viel sich aber durch Entschädigungen so viel verdienen, daß sie auf Unterstützung verzichten. Die Streikenden hoffen auf baldigen Sieg, um so mehr, als einige Gruben durch die Grundwasser großen Schaden leiden.

Am Montag trat die ganze Belegschaft des „Kiesersbach“ in den Ausstand. Es wird demnach nur noch auf drei Werken gearbeitet, doch erwartet man hier die Arbeitsniederlegung am Dienstag oder Mittwoch. Auf der einen Grube soll eine versprochene Lohnerhöhung am Sonnabend nicht zur Auszahlung gelangt sein. Der Geist unter den Streikenden ist bis jetzt ein vorzüglicher, halten sie aus, dann ist ihnen der Sieg sicher.

In der mechanischen Weberei von Buxbaum in Berg-hofen, Bagnen, haben am 22. d. M. die sämtlichen Arbeiter, 116 an der Zahl, wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Die Versuche des Augsburger Fabrikinspektors, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten, da die Unternehmer zur Verhandlung nicht erschienen.

Der Streik der belgischen Vergarbeiter ist noch immer ein fast allgemeiner; auch am Montag hat eine Wiederaufnahme der Arbeit nur in geringem Umfange stattgefunden.

Von der Achtsundneunzigbewegung der englischen Maschinenbauer ist wenig Neues zu berichten. Eine weitere Firma in London hat den Achtsundentag bewilligt, eine andere ist aus dem Unternehmerverbande ausgetreten und hat die Kündigungen zurückgenommen.

Soziales.

Arbeiterrisiko. Aus Lemesvar wird vom 27. Juli gemeldet: Im Keschiza-Schachte fand ein großer Erdbeben statt. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, von denen bereits einige tot aufgefunden wurden.

In den Berichten der Fabrikinspektoren wird häufig darüber geflagt, daß das Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern ein so wenig erfreuliches sei. Die Arbeiter wenden sich nur ungern an die Fabrikinspektoren, um ihnen Mißstände in den Fabriken zur Meldung zu bringen, da das für sie immer die Gefahr der Entlassung im Besolge hat; zum Theil geschieht das sogar durch Schuld der Beamten, welche ihren Gewährsmann, wenn auch ohne böse Absicht, dem Fabrikanten nennen. Noch gefährlicher für die Arbeiter ist es selbstverständlich, wenn sie offen für die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen in den Fabriken eintreten.

So sind in Rauen (Reg.-Bez. Potsdam) aus der Zigarrenfabrik von Wöllner u. Rüter zwei Arbeiter entlassen worden, die, nachdem sie im Auftrag ihrer Mitarbeiter die Betriebsinhaber vergeblich um Abstellung verschiedener Mängel ersucht hatten, sich schließlich im Namen des Gewerkschaftsleiters an den Gewerbe-Inspektor gewandt hatten.

Heber die Sonntagruhe, wie sie im kaiserlichen Schloß zu Cronberg bei Frankfurt a. M. üblich ist, wird der Frankfurter „Volksst.“ geschrieben: „Auf dem Besitztum der Kaiserin Friedrich hier ist in der letzten Zeit fast jeden Sonntag gearbeitet worden. Dabei handelt es sich um Arbeiten, welche ebenso gut auch Werktags verrichtet werden können. So nutzet man den Leuten zu, daß sie Sonntags Gras mähen, Pflanzen sehen, alte Rosen abschneiden und dergleichen mehr.“ — Die guten Leute von Cronberg scheinen keine Ahnung zu haben von den bei der vor zwei Jahren stattgefundenen Renovierung des kaiserlichen Schlosses zu Berlin üblichen Sabbatshändlungen, sonst würden sie von dergleichen Vagabunden kein so großes Aufheben machen.

Aus Radebeul's Reich. Wie im Culengebirge, so nimmt auch im Riefengebirge die Zahl der Handwerker fortwährend ab. Im Hirschberg-Schönbauer Kreise gab es im Jahre 1894 noch 1266 Handweber, 1896 waren deren nur 1027 vorhanden. Die Weberschäfte haben sich also um rund 1/5 vermindert. 1891 arbeiteten noch 1665 Stühle; seit dieser Zeit haben sich also die Stühle um 488 — d. h. mehr als ein Drittel — vermindert. So verschwindet die Handwebererei mehr und mehr an den Stätten, wo sie früher in hoher Blüthe gestanden, und macht der mechanischen Weberei Platz. Im Kampf mit der Maschine muß die Handarbeit unterliegen.

Die Schneider-Unternehmer der drei skandinavischen Länder, die kürzlich in Stockholm einen Kongress abhielten, beschlossen, eine Unternehmer-Organisation zu gründen. Die Stellung, welche die Unternehmer zu den Arbeiter-Organisationen einnehmen, wird durch folgende Resolution gekennzeichnet: „Wo die Arbeiter-Organisationen Eingang und Verbreitung gefunden haben, ist das Mißverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern mehrmals erfolgreich durch die Organisation gelöst und das Ausstreuen der Arbeiter besonnenet gewesen, auch hat sich an solchen Orten leichter eine Einigung unter den Arbeitgebern erzielen lassen. Die Arbeiterorganisationen sind daher des Vertrauens und der Anerkennung würdig. Eine Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen ist erwünscht. Zur Verminderung von Streiks sollten gesetzlich permanente Schiedsgerichte eingesetzt werden. Sie lassen sich wohl auch durch gelegentlich eingesetzte Schiedsgerichte schlichten — aber eine sichere Garantie könnten nur legal eingesetzte Schiedsgerichte bieten.“

Ein musterhafter Arbeitsvertrag. Nachfolgend geben wir einige interessante Punkte aus dem Arbeitsvertrage, wie er zwischen dem Wolga-Schifferei-Arbeitern und ihren Unternehmern üblich ist. 1. Der Arbeiter darf unter keinen Umständen Vorschuss verlangen (wir bemerken hierzu, daß der Arbeiter weder wöchentlich noch monatlich, sondern nach viel längeren Zeiträumen Lohn erhält). 2. Der Arbeiter darf Ueberstunden nicht verweigern, wenn Ueberarbeit selbst für mehrere Tage hintereinander beantragt wird. 3. Unter keinen Umständen ist es dem Arbeiter gestattet, die Arbeit zu verlassen; geschieht es dennoch, so geht er der Hälfte seines gesammten Verdienstes verlustig. Für Ueberstreichung der Anordnungen, sowie für Unbotmäßigkeit, Trunkenheit, Nachlässigkeit bei der Arbeit und für unerlaubtes Fortbleiben erhält der Arbeiter folgende Strafe: im ersten Falle 50 Kopelen bis 1 Rubel; im zweiten 1,50 bis 3 Rubel, und im dritten Falle erfolgt Entlassung mit Verlust der gesammten Lohnforderung. Falls dem Arbeiter diese Anordnungen nicht konveniren, so hat er dies innerhalb der ersten drei Tage zu melden, widrigenfalls angenommen wird, daß er mit den Bedingungen einverstanden ist. Ueber die Pflichten der Arbeitgeber verlaute nichts. — Es ist doch ein Jammer für unsere armen Unternehmer, daß sie ganz so doch nicht mit ihren Arbeitern umspringen können.

Versammlungen.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands hielt am Dienstag, den 20. Juli, im neuen Vereinslokal, Köpenickerstr. 62 (2018), ihre vierteljährliche ordentliche Generalversammlung ab. Nachdem einige geschäftliche Punkte erledigt, gaben die Revisoren die Rechenschaftsberichte für das 2. Quartal 1897 der Zentralkasse. Bestand 412,17 M. An Einnahmen sind 5560 M. zu verzeichnen, darunter 4898 M. an Beiträgen und Eintrittsgeldern. Dem stehen Ausgaben im Betrage von 5617,99 M. gegenüber, wovon 4584,50 M. auf Unterstützungen für arbeitslose, auf der Reise befindliche und franke Mitglieder entfallen. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 948,10 M. Einnahmen 2042 M., worunter 1726,40 M. an Beiträgen, 40 M. zurückgezahlte Darlehne und 89,30 M. an Ueberstaus von Vorstellungen zc. Die Ausgaben betragen 2412,24 M. Hiervon sind 800 M. der Bank zur Gutschrift überwiesen. Für Unterstützungen wurden 667,64 M. gezahlt, für Ausgaben der Bibliothek 24,85 M., Vorträge, Exkursionen zc. 102,25 M., Darlehen 180 M., Versand der Zeitung 244,98 M. u. s. w. Hierauf werden die Kollegen Rippable und Böckel zu Revisoren gewählt. Es erfolgen dann die Berichte der einzelnen Kommissionen und wird bei dieser Gelegenheit von einigen Rednern speziell auf die Wichtigkeit der Werkstattdiebstahl-Kommission hingewiesen und soll sich die nächste Versammlung mit dem Ausbau dieser Kommission beschäftigen.

Eine öffentliche Versammlung der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter fand am 26. Juli bei Rieft, Webersstraße, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken ihrer verstorbenen Berufskollegen Rade und Raufe in der üblichen Weise. Hierauf

gab P i e h l als Delegierter zur Gewerkschaftskommission Bericht über deren Thätigkeit und seine Stellung zu den dort gefassten Beschlüssen, hauptsächlich zu der letzten vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission vorgelegten Resolution. In der sich hieran anschließenden lebhaften Debatte erklärten sich die verschiedenen Redner einverstanden mit dem zustimmenden Verhalten ihres Delegierten; die Versammlung stimmte demnach ebenfalls der Resolution zu. Der von P i e h l in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann gegebene Rechenschaftsbericht wies einschließlich eines Bestandes von 1070,28 M. eine Gesamteinnahme von 1816,48 M. auf, der eine Ausgabe von 287,68 M. gegenüberstand, so daß ein Bestand von 1528,75 M. zu verzeichnen ist. Der Markenbestand ist 6093 Stück; außerdem wurden noch einige Eingänge für den Streikfonds konstatiert. Auf Antrag der Revisoren wurde P i e h l entlastet, und darauf auf ein weiteres Halbjahr als Vertrauensmann und Delegierter in die Gewerkschaftskommission wiedergewählt; zu seiner Vertretung in die Gewerkschaftskommission wurde J u h r e ernannt. Der Versammlung lagen einige Anträge zur Begutachtung vor; nach eingehender Berathung wurde beschlossen, die Wahl des Vertrauensmannes und der Delegierten zur Gewerkschaftskommission fortan jährlich vorzunehmen, die Abrechnung dagegen hat wie bisher halbjährlich zu erfolgen; die 20 Pfennig-Agitationsmarken sind bis zum 1. September abzuschaffen, mit diesem Datum sind die 10 Pfennig-Marken einzuführen. Der Vertrauensmann wird beauftragt, künftig nur solche Werkstättenstreiks zu unterstützen, von denen ihm vorher Mittheilung gemacht worden und wogu sein Rath vorher eingeholt war. Ueber einen Antrag der Firma G e l e u. P h i l i p p, Frankfurter Allee 47, ging die Versammlung zur Tagesordnung über, mit dem Vermerken, daß man wisse, was zu thun sei, wenn die Firma die angebotene zehnstündige Arbeitszeit wieder einführen werde. Nachdem die Versammelten ihrem Unmuth Raum gegeben hatten darüber, daß der Schriftführer Stein sich weigerte, seines Amtes zu walten, auch seinen Platz wieder einzunehmen, den er nach der an ihn ergangenen Aufforderung verließ, wurde bekannt gegeben, daß die „Unfallbogen“ zur Ausgabe gelangt seien, woran die Aufforderung zu recht reger Inanspruchnahme und gewissenhafter Ausfüllung geknüpft wurde.

Die Rifenwacher hatten sich am Montag Abend in den Kriminhalten verhältnismäßig zahlreich versammelt, woselbst zum ersten Punkt der Tagesordnung T s c h e r n i g seine Abrechnung als Vertrauensmann und das Ergebniß der Marksammlung unterbreitet. An Bestand waren vom ersten Quartal 41,92 M. zu verzeichnen, mit dem sich die Einnahme vom zweiten Quartal auf 80,30 M. beläuft, der eine Ausgabe von 10,35 M. gegenübersteht, so daß am 3. Juli ein Bestand von 111,87 M. zu verzeichnen war. Die Sammlung am 1. Mai ergab 54,30 M. Die Revisoren belaudeten die Richtigkeit des Vorstehenden und wird dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. Anschließend unterbreitet er zugleich als Delegierter der Gewerkschaftskommission das Resultat der letzten Kassenlegung derselben, worauf die Versammlung beschließt, T s c h e r n i g wiederum als Vertrauensmann und Delegierten in die Gewerkschaftskommission, und S c h w a n h e r z als dessen Vertreter zu wählen. Zu Revisoren werden P u b l m a n n, F o r k i e r und S p l i n t e r ernannt. Zum Punkt „Lohnunterschieden in den einzelnen Werkstätten“ wird unterbreitet, daß seitens der Firma F e h s e in letzter Zeit Lohnreduktionen stattfanden, die aber durch das Eingreifen der Lohnkommission in Güte rückgängig gemacht wurden, bei welcher Gelegenheit noch etliche andere Mißstände ihre Abstellung fanden. Den Arbeitern ist seitens der Firma das Bestreben geworden, daß Lohnabhänge nicht mehr zu erwarten seien. In der weiteren, sehr ausgedehnten Diskussion wird seitens einiger Redner über unsofortiges Handeln der Kollegen in den verschiedenen Werkstätten lebhaft Klage geführt, indem auf tarifgemäße Preise oftmals nicht geachtet werde, was zur Folge habe, daß Fabrikanten, die bisher tarifmäßig ihre Arbeiter entlohnten, mit Abzügen drohten und zum Theil auch dies ausführten. Denjenigen aber, die bisher an ihren Lohnsätzen festhielten, werde das für spätere Zeiten auf das äußerste schädlich. T s c h e r n i g bemerkt, daß in bald eine Vertrauensmann-Sitzung der einzelnen Werkstätten stattfinden werde, und er sucht um die nöthige Unterstützung hierbei, um hierin geeignete Memoren zu schaffen. Nach längerer Debatte, an der sich ein großer Theil der Anwesenden betheiligte, stimmt man diesem zu, mit dem Zusatz, in kürzester Zeit über das Ergebnis Bericht zu erhalten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kürschnerbranche setzen in einer am 26. ds. Mts. bei Cohn stattgehabten öffentlichen Versammlung die Diskussion über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Branche fort, die sie vor vier Wochen begonnen hatten. Einleitend verbreitete sich P e t e r s in allgemeinen Zügen über den Werth der Organisation, dabei den Werth des Werkstattd-Vertrauensmannes-Systems besonders hervorhebend. R e g e kritisierte sodann das Vorgehen des Hoflieferanten Salbach, Unter den Linden, welcher durch Otkronung einer neuen Werkstatt-Ordnung den 1893 erlangenen 9 1/2 stündigen Arbeitstag in den zehnstündigen zurückverwandelt habe. Auch sonst seien die im 98er Streik aufgestellten und von den Unternehmern formell anerkannten Forderungen noch lange nicht alle durchgeführt. Es wird sodann beschlossen, sich in der nächsten öffentlichen Versammlung speziell mit den Verhältnissen bei der Firma Salbach zu beschäftigen und dazu den Inhaber derselben persönlich einzuladen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach R e g e in interessanter Weise über die Kampfmittel der Arbeiterschaft: Boykotts, Streiks und Sperrn. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, über die Sammelbonds abzurechnen und neue zu entnehmen, damit in der jetzt begonnenen Saison einigermaßen Geldmittel ausgebracht würden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 27. Juli. (B. H.) Privatmedungen aus Budapest schildern die politische Situation daselbst als eine sehr kritische. Ein Theil der Liberalen beabsichtige, sich behufs Sturzes Banffy's der Opposition anzuschließen.

Zürich, 27. Juli. (B. H.) Ueber Mühlbach und Schabz ging gestern Abend ein etwa sechs Stunden dauerndes Unwetter nieder. Der Balserbach ist ausgetreten, in Franzensfeste wurde die Wasserleitung zerstört und der Bahnverkehr Franzensfeste-Mittelswalde ist unterbrochen. In Schabz sind durch Blitzschlag elf Wohnhäuser eingestürzt.

Bern, 27. Juli. (B. H.) Ein Zögling des Priesterseminars Sitten, namens G a s p o z, der Sohn des Besitzers des Kurhauses in Arola, ist beim Edelweißpflücken abgestürzt. Er war sofort tot.

Prag, 26. Juli. (B. L. B.) In dem Irren der Hofstadt Weinberge hielten heute die Arbeitslosen eine Versammlung ab, an welcher ungefähr 1200 Personen theilnahmen. Dieselben durchzogen sodann in geschlossenen Reihen unter Abzügen eines verbotenen Viebes die Straßen. Die Polizei griffente die Menge.

Leus (Pas de Calais), 27. Juli. (B. L. B.) Infolge der Streiktheilen, welche gestern in einer Mine in Drocourt zwischen belgischen und französischen Arbeitern entstanden waren, sind die Arbeiter dieser Mine, deren Zahl 1200 beträgt, heute früh nicht zur Arbeit erschienen. In Drocourt herrscht vollständige Ruhe.

London, 26. Juli. (B. L. B.) Das Oberhaus erlebte die Spezialdebatte über die Arbeiterunfall- und Entschädigungsbill, nahm jedoch nur die von der Regierung genehmigten Änderungen an.

London, 27. Juli. (B. L. B.) Im Unterhaus erklärte der Parlaments-Untersekretär des Inneren, Curzon, die Regierung habe in Madrid gegen die Verschiffung ausgewiesener Anarchisten nach Liverpool Einspruch erhoben; die spanische Regierung habe ihr Bedauern über die erfolgte Verschiffung von Anarchisten nach England ausgedrückt und versprochen, daß keine ausgewiesene Anarchisten mehr nach England geschickt werden sollten.

Madrid, 27. Juli. (B. H.) Einer Meldung aus Havana zufolge ergab sich der Insurgentenführer Calanga mit 18 Mann, Waffen und Waffen. Bei den letzten Zusammenstößen verloren die Insurgenten 41 Mann, die Spanier 11 Mann. 93 Insurgenten ergaben sich.

Parteienossen! Arbeiter!

Im Herbst d. J. finden die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der Preuss und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (860 bis 900 M. Einkommen) eingestuft ist.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger liegt bis zum 30. Juli d. J. täglich, also auch Sonntags, von 9-3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., zu jedermanns Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Leber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmungsfähige Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einsichtnahme in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten.

Bei der Ausübung dieser Kontrolle wird es sich empfehlen, die letzte Steuerquittung mit zur Stelle zu nehmen, um, sollte die Eintragung verkannt sein, sofort die Nachtragung in die Liste beantragen zu können.

Möge niemand verabsäumen, dieser Pflicht nachzukommen, damit er im Stande ist, sein Wahlrecht auszuüben.

Um den Parteienossen, die keine genügende Zeit zur Einsichtnahme in die Wählerlisten übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich folgende Parteienossen bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen, um dann für diese die Einsicht in die Wählerlisten zu besorgen:

I. Wahlkreis.

C. Wättner, Charlottenstr. 82. W. Mallhauer, Kronenstraße 72. C. Woldt, Kanonierstr. 7. Preuß, Neue Friedrichstraße 20. M. Bräse, Jüdenstr. 96. S. Gärtner, Mollenstraße 12. Carl Wättner, Charlottenstr. 24, Hof IV.

II. Wahlkreis.

Kleinert, Zeitungspediteur, Dennewitzstr. 15. Falter, Schanewitz, Pallasstr. 16. Antick, Cigarrengeschäft, Steinwegstr. 60. Berner, Schanewitz, Wollowstr. 59. Kising, Belle-Alliancestr. 174. Grube, Mariendorferstraße, Ecke Solmsstraße. Lütke, Joffenstraße 10. J. Imhof, Mittenwalderstr. 16. Reichelt, Halenstraße 46-47. Paul Müller, Gräfenstr. 31. Schönheim, Gräfenstr. 8. Ewald, Schönleinstraße 6.

III. Wahlkreis.

Wih. Börner, Ritterstr. 15. Fick, Simeonstr. 23. P. Düh, Brandenburgstr. 54. Götte, Brandenburgstr. 18. Börner, Ritterstr. 10a. Feger, Sebastianstr. 72. Lenz, Alte Jakobstraße 69. Hier, Alte Jakobstraße 119. Schöning, Köpckeplatz 88a. F. Pinger, Friedrichstraße 16. J. Moll, Klosterstr. 101. F. Jahn, Holzmärkerstr. 18. Hof III. A. Triple, Zimmerstr. 19.

IV. Wahlkreis (Osten).

D. Franke, Friedrichsbergerstr. 11. S. Baumgarten, Königsbergerstraße 7. O. Zabel, Frankfurter Allee 90. W. Späth, Weinstr. 28. A. Vogel, Elbingerstr. 9. P. Robus, Rigauerstraße 127.

V. Wahlkreis (Süd-Ost).

Bieberstein, Lauffstr. 12a. Bierberg, Forsterstraße 17. Gols, Grünauerstr. 3. Seidler, Rathborstr. 16. Streif, Naumünster. 88. Scholz, Wangenstraße 27 (32). Gese, Wangenstraße 59. Mertens, Cuvyrstr. 84. Thiele, Zeitungspedition, Staligerstr. 35. Fregeville, Pädlerstr. 47.

VI. Wahlkreis.

Siegle, Schwedterstr. 33. Emil Schmidt, Treßlowstraße 24. Augustin, Rastanien-Allee 11. Rieb, Schlemannstraße 48. Loden, Gröbler, Franzstraße 12. Loden, Ramelow, Schönhauser Allee 133. Mars, Rastanien-Allee 95/96. Pinner, Cigarrengeschäft, Treßlowstr. 32. Nide, Cigarrengeschäft, Saarbrückerstr. 7, part. Karl Fischer, Weußelstr. 9. Hof geradezu. Georg Renjer, Weußelstr. 24. Paul Grub, Weußelstr. 45. Otto Fischer, Weußelstr. 66. Joh. Döring, Thurmstr. 72. Robert Kern, Stromstr. 47. Joh. Pfarr, Buttmanstr. 10. Ray Faber, Stephanstr. 11. Gustav Köhler, Calovstraße 11. Otto Bachgänger, Swinemünderstr. 96. Rosin, Kuppnerstr. 45. Ede Schindlerstraße. Hoppe, Uckerstr. 145. Hermann, Putznerstr. 45. Michel, Swinemünderstr. 83. Lorenz, Voltstr. 43. Brinkmann, Prinzen-Allee 21. W. Risch, Sandstr. 1. Restaurant Thulmann, Gasmann, Expediteur, Grünhauserstraße 64. Anders, Buttmanstraße 17. Reuß, Cigarrengeschäft, Schulstr. 97. F. Bergmann, Refk., Kafemallstr. 3. Dahle, Antonstr. 3. Hof III. C. Schmidt, Seestr. 25. C. Gaede, Refk., Jannstr. 17. Keller, A. Dobat, Refk., Sellenstr. 3. C. Schumann, Kolbergerstr. 23. R. Spede, Schneider, Schauffestr. 85. F. Böllke, Refk., Vorkstr. 25. D. Steinicke, Cigarrenhandlung, Vorkstr. 28. C. Thomas, Refk., Gartenstr. 152. Ch. Hilgenfeld, Refk., Vergstr. 60. C. Blossfeld, Puffenstr. 21, part. D. Bräcker, Refk., Gartenstr. 63. C. Walter, Cigarrenhandlung, Puffenstr. 35. A. Doye, Refk., Müllerstr. 32a.

Die betrachten kommen alle Wahlbezirke, auch die, wo im Herbst voraussichtlich nicht gewählt wird.

Es empfiehlt sich auch für diejenigen, die durch die hier genannten Genossen die Einsicht in die Wählerlisten vermitteln, daß sie die Steuerquittung mit zur Stelle bringen.

Enthüllungen aus dem Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona

macht der bisherige Sekretär des königlichen Kommerzkollegiums zu Altona, Dr. Richard Ehrenberg, in einem Artikel über den Hamburger Hasenarbeiter-Streit in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. Der berühmte und berichtigte Verband wurde im Jahre 1890 begründet, als sich die Hamburger Arbeiter anschickten, zum ersten Mal die Maitage zu begehen. Die Herren Unternehmer waren nämlich zu der Ueber-

zeugung gelangt, daß Nachgiebigkeit die Arbeiter nur in ihren maßlosen Forderungen befürchte, und entschlossen sich daher, auf jede Gefahr hin Widerstand zu leisten. Das haben sie denn auch nach Kräften gethan.

Sehr interessant ist in dem im allgemeinen arbeiterfeindlichen Ehrenberg'schen Artikel die Befestigung dessen, was auch bisher schon in die Öffentlichkeit gedrungen war, daß in dem Verbands die eigentlichen Großunternehmer vielfach die vernünftigeren Elemente, die Handwerker aber die bornirtesten, arbeiterfeindlichsten sind und daß namentlich in den geheimen Verhandlungen während des Hasenarbeiterstreits die unmittelbar Beteiligten und von den großen Schäden Betroffenen, die Rheder und Stauer, sehr häufig zum Nachgeben bereit waren, von den Innungsbrüder und den sonstigen Mitgliedern aber überstimmt wurden. Da der genannte Herr in seiner Stellung wahrscheinlich genaue Kenntnis der internen Vorgänge im Arbeitgeberverband hatte, so sind seine Mittheilungen für die Arbeiter sehr interessant und werthvoll.

Zuerst sah die Herren noch auf einem sehr hohen Pferd. Ehrenberg berichtet über die anfängliche Stimmung: „Als der Streik ausbrach, ging die überwiegende Ansicht der Unternehmer dahin, daß der Streik bald resultatlos enden müsse. Man war über die mangelhafte Organisation (!), über die geringfügigkeit der vorhandenen Fonds (!) unterrichtet; man wußte auch, daß der Schiffsverkehr ohnehin bald stark zurückgehen würde. So durfte man denn auf einen raschen und mühelosen Sieg hoffen, wenn man nur den Dingen ihren Lauf ließ.“

Der Schiedsgerichtsvorschlag des Senators Dr. Hackmann wurde von den Rhedern dem Arbeitgeberverband zur Entscheidung überwiesen. Man war über die Ablehnung einig, nur wollten ihr einige durch einen entgegenkommenden Zufall die Schärfe nehmen. Die überwiegende Mehrheit entschied sich aber für einfache Ablehnung in der Ueberzeugung, daß jeder entgegenkommende Zufall von den Arbeitern als Schwäche angesehen und deshalb das Gegenheil von dem bewirkt werde, was man damit erreichen wollte.“ — Die öffentliche Meinung neigte sich infolge dieses brüsklen Vorgehens auf die Seite der Arbeiter, und auch der Senat ermahnte, wie Ehrenberg mittheilt, unter Hinweis auf den Ernst der Lage zur gütlichen Beilegung. „Gegenüber solchen Versuchen waren es vor allem die streikertäglichen Mitglieder (das waren die Cigarrenfabrikanten, die Innungsbrüder etc.), welche darauf drangen, den Kampf durchzuführen und der Sozialdemokratie einen noch härteren Schlag zu versetzen, als im Jahre 1890, zum Schutze der gestimmten Arbeiter und zum Segen für das ganze wirtschaftliche Leben.“

Inzwischen ging der Streik vor sich mit seinen für beide Theile so ungeheuren Verlusten. Die dabei der Arbeitgeberverband auf die Rheder und Stauer drückte, geht auch aus der folgenden, bisher nicht bekannten Thatsache hervor. Die letzteren konnten bekanntlich nur sehr wenig und sehr ungenügenden Ersatz für die Streikenden heranschaffen. Sie wollten deswegen von den alten Reuten diejenigen einstellen, die sich etwa zur Arbeit melden sollten. Der Arbeitgeberverband verbot dies aber und erst später wurde die Anstellung alter Leute „bis zu 10 pCt. des Gesamtbestandes erlaubt“.

Den Rhedern brannte das Feuer immer mehr auf den Nägeln. Ehrenberg berichtet, was ebenfalls neu ist: „Schon am 8. Dezember wurde dem Arbeitgeberverband von einzelnen, der Versöhnung, wenn sie mit Aufwand geschehen könne, geneigten Arbeitgebern, besonders waren dies Rheder, der Vorschlag gemacht, der Senat möge in einer besonderen Rundgebung das Verhalten der Arbeiter beim Ausbruch des Streiks tadeln, zugleich aber seine Mitwirkung bei Abstellung der wirklich vorhandenen Mißstände zusagen.“ Die Sache zerstückte sich. Am 16. Dezember ersuchten dann die Arbeiter den Senat um seine Vermittlung.

Der Senat erklärte darauf dem Arbeitgeberverband, er könne sich dem Ersuchen der Arbeiter nicht entziehen, und forderte den Verband auf, sich seinerseits zu äußern. Die Rheder erklärten sich bereit, die Vermittlung des Senats anzunehmen, während die Handwerker sich mit Entschiedenheit dagegen aussprachen und darauf bestanden, daß der Streik rücksichtslos, mit Wucht niedergeschlagen werden müsse.“ — Dieser edle Vorschlag behielt auch so ziemlich das Uebergewicht und die Mehrheit beschloß eine Antwort an den Senat, in der es hieß: „Der Arbeitgeberverband muß darauf bestehen, daß der Streik bedingungslos seitens der Arbeiter für beendet erklärt wird.“ Und eine dahingehende Antwort ertheilte denn auch der Senat unter dem 18. Dezember den streikenden Arbeitern.

Diese letzteren Mittheilungen namentlich sind recht erbäulich. Der Senat ist von elf Hasenarbeiter-Versammlungen um seine Vermittlung gebeten worden. Was that er? Vermittelt er nach beiden Seiten hin? Nein, er setzt sich im Stillen mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung, veranlaßt diesen, sich zu „äußern“, und nachdem diese „Äußerung“ erfolgt ist, lehnt er kurzerhand jede Vermittlung ab und empfiehlt den Ausständigen bedingungslose Ausnahme der Arbeit, ganz im Sinne der Unternehmer! Der Senat schloß sich somit zu nichts verpflichtet, als die Unternehmerinteressen und den Unternehmerstandpunkt zu vertreten!

Wieder ging ein Monat ins Land. Und Ehrenberg berichtet weiter: „Wieder waren es, am 12. Januar 1897, die Rheder, welche im Arbeitgeberverband anregten, man solle den Arbeitern den Friedensschluß dadurch erleichtern, daß man den alten Wunsch der Arbeiter nach Anstellung eines Haseninspektors dem Senat zur Berücksichtigung empfehlen möge.“ Ein derartiges Schreiben erging denn auch, wie bekannt. Die Arbeiter aber wünschten nunmehr direkte Unterhandlungen mit den Unternehmern. Bei Ehrenberg heißt es dazu: „Im Arbeitgeberverband empfahlen die Rheder, auf die angebotene Verhandlung einzugehen. Die Gegenpartei rieth davon ab: Man möge die Kommission der Streikenden nicht empfangen, bevor nicht die Arbeit bedingungslos aufgenommen worden sei.“ Jetzt mag es aber den Rhedern doch zu bunt geworden sein. Es wurde der Beschluß durchgesetzt, Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden, allerdings mit dem Mandat, auf bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit zu bestehen.“

Diese Enthüllungen sind gewiß allseitig von großem Werth. Sie bestätigen Dinge, die während des Streiks nur in unsicheren Andeutungen an die Öffentlichkeit gedrungen waren. Ohne die Zwangsmittelregeln des am Streik selbst nicht beteiligten Hamburger Unternehmerbunds wäre der Streik jedenfalls zur allseitigen Zufriedenheit der Beteiligten einige Monate früher beendet worden. Die Mehrheit des Arbeitgeberverbandes wollte aber ihrerseits eine „Wachprobe“ liefern! Und das infolge des langen Streiks nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Handel und die Industrie ganz Deutschlands von Schäden im Betrage vieler Millionen Mark betroffen worden sind, das ist durch den Arbeitgeberverband Hamburg-Altona gegen den Willen der beteiligten Unternehmer und der beteiligten Arbeiter erzwingen worden!

Vielleicht werden nach diesen Mittheilungen die Unternehmer der verschiedenen Branchen in Zukunft Bedenken tragen, sich durch Vertragsstrafen und Ehrenwort an die Beschlüsse solcher Arbeitgeberverbände zu binden, durch die — wie es in Hamburg den Rhedern geschehen ist — ihr eigenes Interesse schwer geschädigt werden kann.

Tokales.

Der Arbeitsnachweis, den der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister in der Kommandantenstraße eröffnet hat, wird bekanntlich von den organisierten Arbeitern gemieden. Die Arbeiter befürchten, daß der unter alleiniger Verwaltung der Arbeitgeber stehende Arbeitsnachweis dazu gebraucht werden könnte, mißliebige Arbeiter, hauptsächlich die agitatorisch thätigen, von den Arbeitsstätten in Berlin auszuschließen und beliebige schwarze Listen durchzuführen. Die Unternehmer bestreiten dies natürlich und haben sich auch bereit erklärt, ihrer nächsten Generalversammlung eine Beilegung der Arbeiter an der Verwaltung des Arbeitsnachweises vorzuschlagen. Es ist aber höchst verwunderlich, daß man eine solche Beilegung nicht von vornherein ins Auge gefaßt hat, da es doch allgemein bekannt ist, daß die Arbeiter den einseitig von den Unternehmern geleiteten Arbeitsnachweisen mit äußerstem Mißtrauen gegenüber stehen. Wie berechtigt dieses Mißtrauen auch im vorliegenden Fall ist, geht daraus hervor, daß die Arbeitgeber des Baugewerbes — wenn es ihnen nur darauf angekommen wäre, für ihre Branche überhaupt einen Arbeitsnachweis zur Verfügung zu haben — hierzu ja auch bisher schon Gelegenheit gehabt hätten. Es besteht nämlich schon seit über zwei Jahren bei dem hiesigen Zentralverein für Arbeitsnachweis eine Abtheilung für Maurer und Zimmerer, die sogar im ausdrücklichen Einvernehmen mit den Unternehmern der Branche gegründet worden ist. Der Jahresbericht des genannten Vereins für 1896 sagt:

„Der Arbeitsnachweis für Maurer und Zimmerer wurde am 8. Juli 1896 im Einvernehmen mit dem hiesigen Bunde der Bau-, Maurer- und Zimmermeister (Innung) eröffnet. Bislang war die Einrichtung eines Arbeitsnachweises für das Gewerbe der Maurer und Zimmerer überhaupt nicht vorhanden; die „Umschau“ sieht hier in ärgster Blüthe und die Arbeiter werden fast ausschließlich durch den Postler auf der Baustelle engagirt. ... Der Verein wird in seinem Bestreben durch den Bund in anerkannter Weise unterstützt. Freilich ist es bis jetzt noch nicht möglich gewesen, das Inkritum auch nur einigermaßen bei den Arbeitgebern einzuführen. Während von den Arbeitern die Wohlthat der Einrichtung anerkannt wird, stehen die Arbeitgeber derselben durchaus gleichgültig gegenüber.“

Und im kürzlich erschienenen Jahresbericht für 1896 wiederholen sich die Klagen. „In dieser Abtheilung hat ein entscheidender Rückgang stattgefunden. ... Die Annahme der Arbeiter auf den Bauplätzen liegt in den Händen der Poliere und die Meister haben nicht die Kraft, vielleicht auch nicht den Willen, hier Wandel zu schaffen. Die Arbeiter suchen die Bauplätze täglich ab und werden an Ort und Stelle sofort eingestellt. Das ist den Polieren bequemer, wenn auch der Zustand für die Arbeiter ein höchst unerwünschter ist. Der hiesige Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister hat den besten Willen, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen, er kann indeß nichts ausrichten.“

Ob die Arbeiter mit dem Arbeitsnachweis des Zentralvereins wirklich so sehr zufrieden gewesen sind, wissen wir augenblicklich nicht. Jedenfalls giebt doch die ganz plötzlich im Anschluß an den Streik erfolgte Neugründung eines in alleiniger Verwaltung der Innung stehenden Nachweises zu denken. Man ist versucht, zu glauben, daß den Unternehmern bei dem mehrerwähnten Arbeitsnachweis die Kontrollmöglichkeit nicht genügt hat und daß sie sich vor allen Dingen das Organ schaffen wollten, um mißliebige Arbeiter ganz von der Arbeit auszuschließen zu können.

Eine Vertretung der Arbeiter würde dazu beitragen, dieses Mißtrauen zurückzuführen.

Ein furchtbarer Unfall ereignete heute Vormittag um 8 Minuten nach 11 Uhr die Anwohner des Potsdamer Bahnhofes. Zugleich stieg eine mächtige Rauchwolke an der Stelle von dem Platze auf, an dem vor dem Zugange zum Paketverladerraum die Postsendungen auf- und abgeladen werden. Der Aufbruch war so stark, daß der Pferdebahnhof Nr. 722 der Linie Görlitzer Bahnhof-Savignypfad, der gerade vorüberfuhr, schwankte, als ob er auf dem Gefelle herausfliegen wollte. Als man nach dem ersten Schrecken näher zusah, fand man den folgenden Thatbestand. Der Posthilfsbote Sparmann hatte mit einem Handkarren von der Paketverladestelle im Erdgeschoß des Bahnhofes eine größere Anzahl Pakete an einen Postpäcktragen vom Amt 9 gefahren und hielt nun mit seinem Gefährt draußen. Während Sparmann dann die Pakete in den Postwagen hinaufreichte, explodirte eines von denen, die noch auf dem Karren lagen, zertrümmerte diesen mit den noch darauf liegenden Paketen und verletzten die Beamten schwer an den Augen, den Armen und der ganzen linken Körperseite. Da Theile von einem Räderwerk und Glasplättler umhergeschleudert wurden, so glaubte man an eine Höllemaschine. Die erste Aufgabe war, für den verwundeten Beamten zu sorgen. Die Polizei, die bald in großer Stärke erschien, ließ von der Unfallstation 1 einen Transportwagen kommen und den Verunglückten auf die Station bringen. Mittlerweile war auch die Feuerwehr vom Hasenplatz und aus der Mauerstraße erschienen. Fünf Polizei-Offiziere, acht berittene und eine Anzahl Fußhühnmänner sperren den Platz, den eine große Menschenmenge umlagerte, ab und Polizei- und Postbeamte machten sich nun daran, zur Feststellung der Art der Explosion und ihrer Ursache die Trümmer zu sammeln. Außer dem, was von dem zerstückelten Postkarren herabfiel, fand man, wie schon bemerkt wurde, Theile eines Räderwerkes, fingerdicke Glasplättler, kleine Rollen und Fäden von Seidenpapier. Hatte man zunächst an eine Höllemaschine gedacht, so gewann bald die Ansicht Platz, daß man es nicht mit einem beabsichtigten Attentat, sondern mit einer fahrlässigen Verpackung und Versendung von Explosivstoffen zu thun habe. Das explodirte Paket hat wahrscheinlich eine elektrische Maschine und anscheinend Knallquecksilber enthalten. Eine bestimmte Feststellung war bisher noch nicht möglich, da es noch nicht gelungen ist, die Koffer zu ermitteln, an die es gerichtet war. Es sind nämlich sechs Pakete zerstückelt worden und man muß nun versuchen, mit Hilfe der Fäden, die man zusammengelesen hat, und der Paketadressen die Empfänger zu ermitteln, um hiernach den Inhalt der einzelnen Pakete kennen zu lernen.

Wie wir von anderer Seite erfahren, ist nunmehr festgestellt, daß es sich um die fahrlässige Verpackung von Explosivstoffen handelt. Das fragliche Paket enthielt ca. 150 Radsfahrer-Bomben. Diese bestehen aus etwa 2 Zentimeter langen, sogenannten Medizinrollen und sind an der Spitze etwa 8 Millimeter tief ausgehöhlt. Die Vertiefung ist mit Pulver gefüllt und die Öffnung mit starkem, pappartigen Papier geschlossen. Das Pulver wird durch einen Schlag mit einem spitzen Instrument zur Explosion gebracht, doch kann auch solche durch starkes Werfen der Patrone auf die Erde erfolgen. Die Radsfahrer-Bomben werden von den Radsfahrern zum Verscheuchen der ihnen nachlaufenden Hunde benutzt. Die Bomben waren in zwei Kartons verpackt und mit Heu umhüllt. Die Explosion dürfte vermutlich dadurch entstanden sein, daß ein scharfes Instrument auf die gefährliche Sendung gefallen ist. Die auf der Straße vorgefundnen kleinen Metallräder rührten, wie der Kommissar findet, der obige Feststellung gemacht, ermittelte, von einer Elektrifizierung her, welche in einem anderen, durch die Explosion zerrissenen Paket sich befand und zertrümmert worden war. Ein zweiter derartiger Apparat wurde heute mit Bewilligung des Abfenders dem betr. Adressaten zugestellt. Als Abfenderin der Radsfahrer-Bomben ist die Firma Rosenthal, Oranienstr. 200 wohnhaft, ermittelt worden. Die Sendung war nach Pagen i. Westf. bestimmt. Die Firma dürfte den gesammten Schaden zu ersetzen haben. Nicht

Packete sind vollkommen zerstört, ca. 15 Packete und deren Inhalt mehr oder minder beschädigt.

Der bei der Explosion verlegte Postbeamte Sparrmann befindet sich außer Gefahr.

Ueber die Sprengung, welche am Sonnabend Abend zwischen 6-7 Uhr auf dem Gelände der früheren städtischen Wasserwerke vor dem Stralauer Thore vorgenommen wurde, wird uns noch berichtet: Es handelte sich nicht um die Befestigung aller Fundamente, vielmehr hat der Unternehmer, welcher die alten Maschinen zum Abbruch gekauft hatte, aus eigener Initiative die Hilfe des Eisenbahn-Regiments in Anspruch genommen, um zwei gewaltige zerkleinerte Balanziers von 800 Zentner Gewicht vor der Demontage zerlegen zu lassen. Selbstverständlich ist der Unternehmer für die Beschädigungen, welche dabei entstanden sind, verantwortlich und von der Stadtgemeinde aufgefordert worden, sich direkt mit den Beschädigten ins Einvernehmen zu setzen.

Der Vorstand des Bundes deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Zunungen war, wie wir bereits mitgeteilt haben, beim Handelsminister um Aufhebung der Bestimmung, laut welcher denjenigen Lehrlingen, welche an Sonntagen 7 Stunden beschäftigt werden, ein halber Wochentag freigegeben ist, vorkommend geworden. Der Vorstand glaubte diese Forderung stellen zu sollen, weil seiner Meinung nach die Lehrherren die Lehrlinge in deren freier Zeit nicht zu überwachen vermögen, und diese daher auf Abwege geraten könnten. Der Minister war indessen anderer Ansicht und beschied das Gesuch des Bundesvorstandes ablehnend. Der Meister, so führte er begründend aus, habe es wohl in der Hand, den Lehrling auch in dessen freier Zeit zu überwachen, da diesem nicht das Recht zusteht, über seinen freien Nachmittag nach Belieben zu verfügen. Der Meister habe nicht nur das Recht, sondern vielmehr die Pflicht, den Lehrling auch in dessen Mußstunden zu angemessener Beschäftigung anzuhalten und somit auch ausreichend Gelegenheit, denselben zu beaufsichtigen.

Der Mechaniker Kischmann ist am Sonnabend zur Verbüßung seiner 10jährigen Zuchthausstrafe in das Zellengefängnis Lehrterstraße überführt worden.

Die Garantiefondszeichner der Berliner Gewerbe-Ausstellung hatten am Montag Abend im Lokal von Suggenhausen eine Versammlung einberufen, in der sehr lebhaft gegen den Beschluß des Arbeitsausschusses, 50 pCt. der gezeichneten Garantiesumme einzuzahlen, protestiert wurde. Vor allem verlangte man eine Abrechnung zu sehen und beauftragte schließlich eine Kommission, vom Arbeitsausschuß Einsicht in Rechnungen zu verlangen. Der Kommission wurde ferner die Aufgabe übertragen, in allen Reichthümlichkeiten in besagter Angelegenheit die geeigneten Mittel zu ergreifen.

Der etwa 13 Jahre alte Massalknabe Gansla, der einzige Angehörige seines Stammes, welcher im vorigen Jahre von den auf der K o n i a l - A u s s t e l l u n g vertreten gewesenen Massalknaben in Berlin zurückgeblieben war, hat jetzt von dem Besitzer des deutschen Kolonialhauses in seine Heimath zurückgeschickt werden müssen. Der vater- und mutterlose Knabe, der in Afrika am Klimamandscharo Ziegen gehalten hat und von allen auf der Ausstellung gewesenen Massalknaben der wildeste und faulste war, hatte damals selbst dringend gebeten, in Berlin bleiben zu dürfen. Dies wurde ihm von dem genannten Besitzer gewährt, und unter der milden und freundlichen Behandlung, die ihm zu Theil geworden war, schwand allmählich seine wilde Natur, so daß er im Geschäft ganz gut verwendet werden konnte. Auch in der 190. Gemeindefolge, die er besuchte, zeigte er sich anständig willig und fleißig. Und vor allem entwickelte sich bei ihm bald eine überraschende Intelligenz. Doch zugleich mit dieser stellte sich nach und nach leider eine so starke Keigung zu allerlei unheimlichen U n t u r g e n, dem Erbtheil seines Stammes, ein, daß schließlich nichts weiter übrig blieb, als den Knaben schleunigst in seine Heimath zurückzuspediren.

Dem neuen Hünfpeusig-Omnibusunternehmen, das mit einpännigen Wagen ohne Schaffner den Verkehr zwischen dem Hausvogelplatz und Belleallianceplatz vermittelt, werden von der Verkehrspolizei Schwierigkeiten gemacht. Wie der „Konf.“ mittheilt, ist beim Polizeipräsidenten eine Besichtigung eingelaufen, worin behauptet wird, daß die Omnibusse mit einer größeren Anzahl von Personen belastet sind, als zulässig ist, und daß dieses eine Bevorzugung gegenüber den anderen Gesellschaften bedeute. Die Polizeibehörde verlangt nun, daß jeder Wagen von einem Schaffner begleitet sein müsse. Dadurch ist aber das Unternehmen in Frage gestellt, da gerade das Besondere der Schaffner die Beförderung zu so niedrigeren Preisen gestattet.

Für den Omnibus-Verkehr wird vom Donnerstag, den 29. d. M. ab, die Potsdamerstraße vom Potsdamer Platz bis zur Potsdamer Brücke bis auf weiteres gesperrt. Es laufen deshalb die Wagen der Linie Köpenick-Spittelmarkt und Brunnenstraße-Schöneberg in der Richtung nach Schöneberg vom Potsdamer Platz aus durch die Finkstraße-Königin-Augustastrasse-Potsdamer Brücke, dann wie bisher. In der Richtung von Schöneberg laufen die Wagen genantener Linien die Potsdamerstraße-Schöneberger Ufer-Königin-Augustastrasse-Finkstraße-Potsdamer Platz, dann wie bisher.

Der Hiesel der Hochstapler. Mit außergewöhnlichem Raffinement ist ein Schwindel durchgeführt worden, von welchem der Kriminalpolizei folgende Meldung zugegangen ist: Vor zirka zehn Tagen erschien in dem Zigarrengeschäft von M. Chauffeestraße 34, ein etwa 40jähriger Mann, der sich Fleischer nannte. Der betreffende bestellte im Auftrage seines Schwagers Julius Josef für zirka 85 M. Zigarren und Zigaretten und stellte es dem Zigarrenhändler anheim, die Waaren unter Nachnahme zu senden. Zwei Tage später erschien ein junger Mann in dem M. Chauffeestraße Zigarrengeschäft mit der Mittheilung, daß Herr Fleischer bei ihm eine Bestellung gemacht und die Waare der Porto-Ersparnis halber der Zigarrensendung nach Badenwalde beigegeben werden sollte; er bat um Angabe, wann er das Paket zu diesem Zwecke liefern müsse. Am folgenden Tage brachte der junge Mann auch das Beipack, welches nach seiner Angabe ziemlich werthvoll sein sollte. Zwei Tage später erschien der erwähnte Herr Fleischer wiederum in dem Zigarrengeschäft, erkundigte sich, ob die Waare abgegangen sei. Er wollte gleichzeitig Zigarren für einen Bekannten in der Invalidenstraße, bei welchem eine Kindtaufe stattfinden, kaufen und ließ sich fünf Zehntel zur Auswahl geben. Zur Sicherheit ging die Verkäuferin mit dem Kunden mit. Dieser begab sich nach dem Hause Invalidenstraße 147, woselbst der Freund wohnen sollte, und nahm die fünf Kisten mit nach oben, während das Mädchen vor dem Hause wartete. Nach etwa zehn Minuten kehrte F. ohne Zigarren zurück und forderte die Verkäuferin auf, noch 200 Zigaretten von einer bestimmten Marke zu holen und hierüber eine quittirte Rechnung mitzubringen. Als das Mädchen, welches den Kunden von dem früheren Besuche her kannte und von der Abfindung des Paketes mit dem Beipack wußte, nach einer halben Stunde zurückkehrte, war der angebliche Fleischer mit den Zigarren verschwunden. Zwei Tage später kam auch aus Badenwalde die Nachnahmeforderung zurück, weil Kressel dortselbst nicht zu ermitteln und ein Hotel zum Kronprinzen nicht existirt. In dem Beipack befand sich ein beschriebenes Oltavest, sowie ein Stoß Papierknigel mit signirten Adressen. Der Hochstapler, welcher diesen Schwindel jedenfalls in anderen Geschäften und vielleicht in anderen Branchen fortsetzen dürfte, ist etwa 40 Jahre alt, 1,66 Meter groß, von untersehter Figur und trägt einen dunkeln, sehr starken Schnurrbart. Er war anständig gekleidet und trägt einen grauen Ueberzieher und schwarzen, eingeknickten Filzhut.

Wie die Berliner Mode-Affen von 1799 aussehnten, wird in einer damals erschienenen Zeitschrift wie folgt geschildert: „Wir versprechen unseren Lesern in diesem Hefte einen jungen Herrn in der neuesten Uniform zu zeigen. Da indes nicht viel Einbildungskraft dazu gehört, sich einen jungen Mann zu denken, der das Haar fast dicht am Kopf abgeschnitten hat, goldene Ringe in den Ohren

und ein dickes Halsstück — weiß oder bunt — trägt, dessen faltenreicher Rock, dunkelblau oder grau mit schwarzem Kragen und Aufschlägen, so kurz ist, daß er die Knie nicht erreicht; mit weißer Weste, Pantalon und Halbstiefeln angethan, die vorn so lang und spitz sind, daß sie sich über die Zehen hinaus krümmen — glauben wir das Kupfer eriparen zu können, welches ihn darstellen sollte. Unsere Leser würden indes schlechtern, wenn sie den größten Theil der Berliner in diesem Kostüm zu erblicken glaubten — es sind bloß die sich auszeichnenden Elegans, die sich so kleiden. Anders lassen sich im Norden ein kleines Zöpfchen Haare sehen, das sie mit Band umwickeln, und so wachsen dann die Zöpfe in mannigfaltigen Stufen bis zur gewöhnlichen Größe heran; und in eben dem Grad wird dann der Rock weniger faltenreich, länger, die Halbstiefeln sind kürzer und weniger spitz, das Halsstück wird dünner, die Ringe fallen aus den Ohren und das Haar kräuselt sich an der Seite.

Der Bau des städtischen Verbrennungssofens, welcher letzterer nach der Entscheidung des Oberpräsidenten zur Vernichtung von Leichen, deren Feststellung unmöglich ist, benutzt werden kann, ist nun, nachdem das Polizeipräsidium die Projekte des Magistrats genehmigt hat, soweit vorbereitet, daß die zuständige (dritte) Bauinspektion demnächst die Arbeiten und Lieferungen im Submissionswege wird vergeben können. Mit den Ausschachtungsarbeiten soll möglichst noch im August begonnen werden. Nach dem System des Ingenieurs Schneider-Dresden — rauch- und gasfrei — erbaut, soll der Verbrennungssofen seine Stelle in unmittelbarer Nähe der Leichen-Sammelstelle in der Diktelerstraße erhalten. Im städtischen Etat ist die Summe von 27 600 M. für denselben ausgeworfen worden.

Einen tödtlichen Ausgang hat für einen der Beteiligten eine Schlägerei genommen, die schon vier Wochen zurückliegt. Am 8. d. M. erhielt der 31 Jahre alte Müllknecht Robert Holz im Streite vor einem Arbeitsgenossen mit einer Stange einen Schlag auf den Kopf, der ihm den Schädel zertrümmerte. Der Geschlagene ist jetzt im Augenhospital seinen Verletzungen erlegen und der Staatsanwalt hat die Leiche beschlagnahmt, um nun gegen den Schläger wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgang vorzugehen.

Nicht ganz aufgeklärt ist ein Raubansall, dem in der Nacht vom Montag zum Dienstag der 19 Jahre alte Schneider Franz Rey aus der Tischstraße 37 ausgeht gewesen sein will. Rey besuchte die Singpielhalle von Neu an der Ecke der Chaussee- und Tischstraße. Wie lange er sich hier aufgehalten hat, weiß man noch nicht. Um 11 1/2 Uhr fand man Rey mit einer klaffenden Wunde an der Stirn und einer Stichwunde an der rechten Kinnseite nach dem Hofe zu vor dem Hause Chausseestraße 121 liegen. Uhr und Kette, an der sich ein werthvolles Medaillon befand, und die Geldbörse mit Inhalt fehlten ihm. Rey meint, daß sie ihm geraubt worden seien, wie das aber geschehen und auf welche Weise er zu den Verletzungen und in die hilflose Lage gekommen ist, kann er nicht sagen, da er schwer betrunken war. Der Verletzte wurde von einem Späthmann des 6. Reviers einem Krankenhause zugeführt und nachdem er hier einen Verband erhalten hatte, auf sein Verlangen in die elterliche Wohnung gebracht.

Unfall oder Verbrechen? In der Nacht zum 28. d. Mts. wurde auf dem Schlesischen Bahnhof der Wagenschmied Karl Donner beim Reinigen eines um 12 26 auf dem Bahnhofe eingetroffenen Rordringunges in einem Abteil 8. Klasse mit einer schweren Verletzung am Kopfe angefallen und durch Bahnarbeiter mittels Tragelohes nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht, wo er bald darauf, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben, verschied. Er hatte am Tage vorher auf einem Güterwagen Dienst gethan und war bereits kurz vor 9 Uhr abends beim Einlaufen dieses Zuges auf dem Rangierbahnhofe Hummelburg verunfallt worden. Wo und auf welche Weise er die tödtliche Verletzung erlitten hat und wie er in den Ringbahnzug gekommen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Au der elektrischen Fleisch-Packmaschine schwer verunglückt ist am Dienstag morgen um 4 1/2 Uhr der 18 Jahre alte aus Birna gebürtige Schlächtergeselle Felix Zimmerich, der erst vor kurzer Zeit nach Berlin kam und seit drei Wochen bei dem Schlächtermester Appelt in der Lindenstr. 9 in Stellung war. Er sollte der Maschine zum Zerhacken bestimmtes Fleisch zuführen und gerieth dabei mit der rechten Hand in das Getriebe. Mit vollständig zerquetschter Hand lief er lautschreiend auf den Hof hinaus, wo die Mitgesellen ihn, so gut sie konnten, verbanden. Ein Arzt ließ dann den Verunglückten sofort mit einer Droßke nach der Charitee bringen.

Unfälle im Straßenverkehre. An der Ecke der Wrangel- und Skalitzerstraße wurde Dienstag vormittags die verheerliche Arbeiter Christiane Dohberstein, geb. Köhler, mit ihrem achtjährigen Sohne durch einen sich übermäßig schnell fortbewegenden Radfahrer, der es auch unterlassen hatte, das Blodenzichen zu geben, ungestoßen. Hierbei erlitt der Knabe außer einem Bruche des Schlüsselbeins eine Gehirnerschütterung und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, während die Mutter nur einige leichte Verletzungen am Kopfe davontrug. Weniger ernst sind die Verletzungen in zwei anderen Fällen. Die sechsjährige Elly Cohn wurde von dem Handlungsbekleidungs-Fritz Gottschall in der Klosterstraße mit dem Rade umgefahren und erlitt leichte Verletzungen am Kopf. Der Kellerlehrer Fritz Stein wurde an der Ecke der Paulstraße und der Straße Alt-Moabit von dem radfahrenden Bauhübner Robert Litt angefahren und zu Fall gebracht. Stein erlitt eine Hautabschürfung am linken Knie. — Am Montag Abend wurde die 69 Jahre alte Kaufmannswitwe Gaare am Oranienburger Thor von einem Radfahrer umgefahren und erlitt hierbei einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde nach der Charitee gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Von einem Berliner Schüler erschossen. Der zwölf Jahre alte Sohn des Bäckereimeisters Köhr in Wolken, der in Berlin die Schule besucht und jetzt die Ferien im Hause seiner Eltern zubringt, war auf dem Hofe damit beschäftigt, mit einem Leßling auf eine Scheibe zu schießen. Der kleine Ehlers, der sechsjährige Sohn des Briefträgers Ehlers aus Berlin, betrat abnungslos den Hof, als Köhr im Uebermuth das Gewehr auf diesen anlegte und mit den Worten: „Jetzt schieße ich dich todt“, losdrückte. Die Kugel ging dem Kinde durch die Schläfe und tödtete es auf der Stelle. Es ist geradezu merkwürdig, einen zwölfjährigen Bengel mit der Schußwaffe spielen zu lassen.

Ungeheuer ist in Charlottenburg die Leiche einer 85 bis 40 Jahre alten Frauenderson von Mittelgröße mit kurzem dunkelblonden Haar und vollem Gesicht. Die Ertrunkene trug einen grünen Rock, eine grüne Jacke mit Plüschbesatz und ein weißgeblümtes Jacket mit Verknüpfknöpfen. Die Leiche mag etwa acht Tage im Wasser gelegen haben.

Aus Hauke's Ablage an der Götlicher Eisenbahn wird dem „Zeit. Kreisbl.“ geschrieben: „An dem Umbau des hiesigen Bahnhofes, der später den Namen „Zenthen“ erhält, wird mit fieberhafter Thätigkeit gearbeitet. Die hier zu schaffenden Einrichtungen dürften allen Ansprüchen Rechnung tragen. Der Bahnsteig wird überdacht, erhält eine geschlossene Halle, und der Zugang kann sowohl von der östlichen, als auch von der westlichen Seite aus erfolgen.“

Das Verbot des Krebsfanges, wie es durch die Verordnung des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam festgesetzt ist, erstreckt sich über acht größere See- und Stromgebiete des Regierungsbezirks und auf 28 besonders namhaft gemachte kleinere Seen und Wasserläufe. Verboten ist der Fang von Eier- und Junge tragenden Krebsweibchen bis Ende des Jahres 1899; wie verlautet, steht auch für andere Regierungsbezirke und namentlich für den Regierungsbezirk Frankfurt eine ähnliche Verordnung bevor, die sich jedoch dort auf ein weniger umfangreiches Wassergebiet beschränken dürfte.

Welche Gefahr die großen und schweren Akkumulatortrommen für den öffentlichen Verkehr bilden, zeigt ein Unfall, der sich Montag Abend nach 6 Uhr in Charlottenburg zutrug. Ein schwer beladener Steinwagen versuchte, die Berlinerstraße dicht vor einem in voller Geschwindigkeit befindlichen Akkumulatortrommen zu kreuzen,

wurde aber noch am hinteren Theil gefaßt, so daß seine Ladung in weitem Bogen auf die Straße fiel. Der Akkumulatortrommen zeigte zwar keine Beschädigung, konnte aber erst wieder in Gang gesetzt werden, nachdem sein Motor genau untersucht worden war. Bei der Schwere der neuen vierachsigen Kolosse, welche mehr an Harmonikawagen als an Straßenbahnwagen erinnern, hat der Wagenführer dieselben nicht immer in der Gewalt, wie sie für den Verkehr auf einer belebten Straße mit zahlreichen Kreuzungen erforderlich ist, da die Wagen zu sehr in der angenommenen Bewegung verharren.

Ein Einbruch ist in der Nacht zum Montag in der katholischen Kirche in Oranienburg verübt worden. Die Diebe haben von einer im Bau begriffenen Villa auf dem Grundstück in der Berlinerstraße eine Leiter geholt, damit sich Eingang durch ein Kirchenfenster verschaffe und verschiedene der dort befindlichen werthvollen Geräthe gestohlen, zum Theil auch solche zerstört. Bei ihrer Arbeit haben sich die Eigebenen eines Lichtes, sogenannten Pflanzminutenbrenners, bedient. Die Diebe müssen genau gewußt haben, daß die Geräthe gerade am Sonntag nicht eingeschlossen waren, da sie zu einer in diesen Tagen stattfindenden religiösen Handlung gebraucht werden sollten.

Soziale Rechtspflege.

Unfallversicherung der in Postgebäuden beschäftigten Schenkerfrauen. Eine Frau Wiedemann, die vom Postamt in Schweinmünde als Schenkerfrau engagiert worden war, verunglückte am 2. Juli 1895 beim Reinigen eines Kellers eines Postgebäudes. Sie stürzte von der Leiter und verletzte sich die rechte Hüfte. Die Post-Versicherungskommission in Berlin lehnte es ab, ihr eine Unfallrente zu gewähren. Die Schenkerfrau sei keine versicherungspflichtige Person, sie habe lediglich die Thätigkeit des gegen Unfälle nicht versicherten Dienstpersonals („Gesunde“) inne gemeint. Die Verletzte wandte sich nun an die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt für Pommern. Diese billigte ihr eine Invalidenrente zu und erhob die gesetzlich zulässigen Erstattungsansprüche gegen den Reichs-Postminister, indem sie von dem Standpunkt ausging, daß Frau W. doch gegen Unfälle hätte versichert werden müssen. Nach § 1 des Ausdehnungsgesetzes vom 28. Mai 1885 sei der „gesamte Betrieb“ der Postverwaltung versicherungspflichtig. Die Post-Versicherungskommission beharrte aber bei ihrer Meinung und lehnte den Anspruch ab. Das Schiedsgericht indes verurtheilte sie, den geforderten Betrag zu leisten. Die Schenkerfrau sei als im Betriebe der Postverwaltung beschäftigte Person anzusehen und auf sie finde § 1 des Ausdehnungsgesetzes Anwendung. Die erwähnte Postkommission legte hierauf für den Reichs-Postminister den Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein. Das Gericht ließ sich vom zuständigen Landrath darüber Bericht erstatten, welchen Zweck der fragliche Keller diene. Nach der Auskunft des Landraths wird darin Feuerungsmaterial für die Post- und Telegraphenbureau's, aufbewahrt, auch wird er zur Reinigung der Telegraphenapparate benutzt. Der Vertreter der Postkommission berief sich in der mündlichen Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt auf die Motive zum Entwurfe des Ausdehnungsgesetzes. Es sei in ihnen betont worden, daß der Begriff des Betriebes nicht auch auf die gefahrlose Beschäftigung in den Bureau's, beim Reinigen der Zimmer u. s. w. auszudehnen sei. Diese Ausdehnung in der Begründung des Entwurfs habe die Kommission veranlaßt, die rein häuslichen Dienste von der Versicherung auszuschließen. Das Reinigen von Apparaten unterlege ja selbstverständlich der Versicherung. Die Thätigkeit der Frau W., bei der sie verunglückte, gehöre aber zu den häuslichen Diensten und habe mit dem Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung nichts zu thun. Das Reichs-Versicherungsamt wies den Rekurs zurück. Es kam zu demselben Resultat wie das Schiedsgericht, wenn auch aus etwas anderen Gründen. Der Vorsitzende Dr. Sarrazin führte aus: Wenn der Gesetzgeber im Ausdehnungsgesetz ausdrücklich betonte, der „gesamte Betrieb“ der Postverwaltung unterlege der Versicherung, so habe er jedenfalls davor warnen wollen, den Begriff des Betriebes zu verengen. Danach habe sich nun vor allem der Richter zu richten. Die Ausdrucksweise des Gesetzes müsse dazu führen, nicht nur den rein technischen Betrieb für versichert zu erachten, sondern alle Thätigkeiten, die in irgend einem mittelbaren Zusammenhang mit den technischen Einrichtungen stehen. Deshalb seien auch die von der Postverwaltung beschäftigten Schenkerfrauen versichert, soweit ihre Arbeit sich auf das Reinigen von Räumen erstreckt, in denen der technische Betrieb oder der damit zusammenhängende Verkehr des Publikums in die Erscheinung trete. Das Reinigen solcher Räume sei zur Durchführung des geordneten technischen Betriebes notwendig. Dagegen erstrecke sich nicht die versicherungspflichtige auf die Säuberung der Zimmer, in denen keinerlei Betrieb stattfindet, z. B. der Bureau's, die lediglich der Verwaltungsthätigkeit dienen. Im Falle Wiedemann handle es sich jedoch um einen Keller, der nach der Auskunft des Landraths zur Aufbewahrung von Materialien benutzt wurde, die für die Aufrechterhaltung des technischen Betriebes notwendig sind, also um einen derjenigen Räume, die unmittelbar dem eigentlichen Post- und Telegraphenbetriebe dienen. Die Reinigung dieses Kellers sei somit dem „gesamten Postbetriebe“ zuzurechnen und Frau W. für berechtigt zu erklären, eine Unfallrente zu beziehen. Demzufolge sei der Erstattungsanspruch der pommerschen Versicherungsanstalt begründet. — Einen zweiten Einwand des Vertreters der Postkommission, daß Frau W. eine ziemlich selbständige Stellung inne gehabt habe, wies das Gericht mit der Begründung zurück, ihre wirtschaftliche und persönliche Abhängigkeit von der Postverwaltung charakterisire Frau W. als Arbeiterin.

Wer ist der Arbeitgeber? Diese Frage, die die Kammer III des Gewerbegerichts schon so oft bemüht hat, stand auch wieder in einem Rechtsstreit zur Entscheidung, den der Bauwächter A. gegen den Steinbändler Krause vor jener Kammer ausfocht. A. verlangte den rückständigen Lohn für zwei Wochen mit 42 Mark, wogegen Krause geltend machte, der vom Kläger bewachte Bau gehöre ihm gar nicht. Er sei nur der frühere Besitzer der Baustelle und habe eine Hypothek auf dem Bau. Er habe aber nicht nur keine Zinsen erhalten, sondern noch Geld zugegeben. Schließlich sei ihm das Haus verpfändet worden. Den Kläger habe der eigentliche (vertrachtete) Besitzer engagirt; er, Beklagter, habe ihn nicht mit der Bewachung betraut. Das Gewerbegericht stellte indessen fest, daß Beklagter einmal zum Kläger gesagt hat, der andere, frühere Arbeitgeber habe nichts mehr auf dem Bau zu suchen und A. solle nichts fortnehmen lassen. Auf Grund dieser Feststellungen wurde der Beklagte verurtheilt, dem Kläger die 42 M. zu zahlen. Krause sei an Stelle des bisherigen Eigentümers durch die Verpfändung in die Verwaltung des Hauses eingetreten und habe sich die weitere Thätigkeit des Bauwächters gefallen lassen und ihm sogar Anweisungen erteilt. Hierdurch sei er der Arbeitgeber des Klägers geworden.

Gerichts-Beitrag.

Auf dem Bauplatz des Kaiser-Wilhelm-Denkmal's kam es am Vormittag des 7. Oktobers v. J. zu einem argen Austritt. Der Arbeiter Oscar Bergin gerieth mit dem Maurer August Lehmann in Streit. Bergin verfechtete dem Gegner dabei einen so heftigen Stoß, daß Lehmann rücklings die aus 16 Stufen bestehende steinerne Treppe hinunterstürzte und am Fuße derselben schwer verletzt liegen blieb. Nun fielen die Kameraden des Lehmann über Bergin her und mißhandelten ihn derart, daß auch er nach der Sanitätswache gebracht werden mußte. Lehmann bleibt infolge der Verletzung zeitweilig ein Krüppel, er hat sich die Kniescheibe zerbrochen und bewegt sich mühsam auf Krücken fort. Der Arzt, der ihn behandelt hat, stellte unter Anwendung von Röntgenstrahlen

Photographien her, wodurch dem Gerichtshofe ein anschauliches Bild von der inneren Verfassung gegeben werden konnte. Der Staatsanwalt wollte dem Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß derselbe bereits wegen Gewaltthätigkeiten mehrfach vorbestraft ist, mildere Umstände nicht zuzulassen, sondern beantragte ein Jahr Zuchthaus. Der Gerichtshof hielt aber für erwiesen, daß der Angeklagte schwer gereizt worden war und beließ es deshalb bei einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Wie es mit der Hilfsbereitschaft bei Feuergefahr auf dem platten Lande zuweilen bestellt ist, lehrte eine Verhandlung, welche gestern vor der I. Strafkammer am Landgericht II stattfand. Der Bauer Gottfried Strud war vom Schöffengericht zu Zoffen wegen Körperverletzung zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden und hatte gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. Wie aus der Verhandlung hervorging, bestanden bei Strud in der Gemeinde wie in dem Rathe derselben zwei Parteien. Die eine vertheilt die Aemter und Würden der Gemeinde nach dem Maßstabe der Erbeingeseßtheit und des Besitzes, die andere, aus jüngeren Leuten bestehend, die schon einen Hauch von Großstadtluft geathmet haben, verlangt, daß die Brauchbarkeit die entscheidende Rolle spiele bei der Befugung der Aemter. Im vorigen Jahre war noch die Partei der Alten am Ruder und diese hatte das verantwortliche Amt des Spritzenmeisters einem alten gebrechlichen Männlein übertragen, der kaum selbst fest in seinen Holzschuhen stand. Das Unglück wollte es, daß eines Nachts ein erhebliches Schindenschiff ausbrach, welches das ganze Dorf in Gefahr brachte. Die jüngere Welt war rasch bei der Spritze versammelt, aber es bedurfte längerer Zeit, bevor der Spritzenmeister Ruff in seinen Holzschuhen angetroffen kam. Doch nun gelang es dem zitternden Männchen nicht, die Deichsel an der Spritze einzuhängen und zu befehligen, trotzdem wollte er sich dieses Vorrecht als Spritzenmeister nicht nehmen lassen und so machten endlich die jüngeren Leute kurzen Prozeß, sie schoben den alten Mann beiseite, machten die Spritze klar und fuhren damit im Trabe zur Brandstätte. Bei diesem Aktus will nun der Spritzenmeister von dem Bauern Strud vor die Brust gestossen worden sein mit den Worten: "Du mußt raus aus Deinem Amte!" Strud war der Führer der Opposition im Dorfe und hat es zu Wege gebracht, daß der Spritzenmeister sein Amt niederlegen mußte und daß der Gemeindevorsteher Ruden nicht mehr wiedergewählt wurde. Die beiden gestürzten Dorfgeschäpften unterzogen sich nun gegenseitig bei der Belastung des Angeklagten Strud und so blieb der Strafkammer nichts anderes übrig, als das erste Urtheil zu bestätigen.

Wegen Verleumdung des Amtes- und Gemeindevorstehers Schmoak zu Schöneberg stand gestern der Redakteur des "Reporter", Karl Schneider, vor dem Schöffengericht. Beauschautet war eine Notiz, wonach die Thatfache mitgetheilt wurde, daß das "Schöneberger Wochenblatt" auf eine an den Gemeindevorsteher gerichtete Anfrage sofort am nächsten Tage eine Antwort erhalten habe, während eine Anfrage des "Schöneberger Tageblatt" erst sechs Wochen später beantwortet worden sei. Hieraus war der Schluss gezogen worden, daß der Amtes- und Gemeindevorsteher zu Schöneberg mit zweierlei Maas messe und daran die daraus resultirende Ausforderung an die Leser gerichtet worden, dieselben möchten sich nun selbst ein Urtheil über die Gerechtigkeitsliebe des erwähnten Beamten bilden. Der Angeklagte bestritt das Vorhandensein einer Verleumdung. Der Gerichtshof war aber anderer Ansicht und verurtheilte ihn zu 80 M. Geldstrafe. Der Verurtheilte erklärte, gegen dies Erkenntnis Berufung einlegen zu wollen.

Trödlerringe bei größeren Auktionen sind eine nicht seltene Erscheinung. Der Zweck derartiger Verabredungen besteht darin, das Hinauftreiben der zu verauktionirenden Gegenstände zu verhindern und dieselben zu möglichst niedrigen Preisen zu erlangen. Der § 270 des alten preussischen Strafbuches, welcher noch in kraft ist, verbietet die Auktionen des Zwangs auf die Mittheilenden. Auf Grund dieser Bestimmung hatte das Landgericht Berlin am 14. April die Trödlerring Pauline Troche und 14 Genossen zu je 30 M. Strafe verurtheilt. Die Angeklagten hatten sich zu einer Art Gesellschaft zusammengethan und bei einer Auktion im Handhause sehr billige Einkäufe gemacht. Nachher hatten sie unter sich die erstandenen Sachen wieder verkauft. Den Mehrerlös vertheilten sie unter sich, so daß jeder etwa 2 M. verdiente. — Auf ihre Revision wurden die Verurtheilten vom Reichsgerichte freigesprochen. Dasselbe führte aus: Der § 270 steht noch in Geltung, kann aber hier keine Anwendung finden. Die Vereinbarung der Angeklagten ging dahin, bei einer Konventionstrafe von 5 M. einander nicht zu überbieten und die erstandenen Sachen nach Beendigung der Auktion demjenigen zu überlassen, der den höchsten Preis bot. Es mag dahingestellt bleiben, ob darin ein Gesellschaftsvertrag zu finden ist, jedenfalls kam es nach der Fassung des Gesetzes wesentlich darauf an, ob angenommen werden konnte und angenommen worden ist, daß irgend wer durch Drohung, Gewalt oder Zusage oder Gewährung eines Vorteiles abgehalten ist vom Bieten, Mitbieten oder Weiterbieten. Dies muß nach dem festgestellten Sachverhalt verneint werden. Wenn jeder der Angeklagten von dem Wunsche sich leiten ließ, ein solches Unternehmen mit den übrigen durchzuführen, so kann nicht die Rede davon sein, daß jeder einzelne Teilnehmer wieder bestimmt worden sei durch Drohung etc. von Seiten der anderen, auf dieses Unternehmen einzugehen. Jeder ist vielmehr seinen Absichten und Zwecken nachgegangen. Dafür, daß die Beschwerdeführer etwa in anderer Weise auf den Willen der anderen eingewirkt haben, ergiebt sich aus den Feststellungen nichts. Es ist auch in der Anklage von solchen Handlungen nicht die Rede und daher anzunehmen, daß eine neue Verhandlung nichts Strafbares zu Tage fördern werde.

Ueber den Prozeß gegen die Mörder der Anna Simon in Philippopol liegen von der Montagssitzung folgende Meldungen vor: Der Gerichtshof weist auf formellen Gründen den Antrag des Vertreters der Privat-Betheiligten zurück, den Sohn des Kanazierski, einen bulgarischen Offizier, welcher an dem Diner bei seinem Vater teilgenommen hatte, an welchem auch Voitschew teilgenommen haben will, als Zeugen zu vernehmen. Aus demselben Grunde weist der Gerichtshof den Antrag zurück, andere Zeugen, z. B. die Wirthin des Kanazierski und einen anderen Offizier, dem der Sohn des Kanazierski erzählt hatte, daß Voitschew in der

critischen Nacht um 12 Uhr heimgekommen sei, zu vernehmen. Nach Verlesung der Protokolle und der Beweise Voitschew's an Noveltsch und Anna Simon, welche Voitschew anerkennt, folgt das Verhör der vier ärztlichen Sachverständigen, darunter das Kammerpräsidenten Dr. Jankulow, aus welchem Verhöre hervorgeht, daß die Simon als Leiche in den Fluß geworfen worden sei.

Mehrere Aerzte fügen aus, es sei unmöglich, eine derartige Chloroformirung auszuführen, wie die Anklage voraussetze. Die Schreibsachverständigen erklären, sie seien nicht im Stande, die Handschrift in dem angeblichen Briefe Voitschew's an Anna Simon, in welchem er dieselbe zu einem Rendezvous einladet, als diejenige Voitschew's zu erkennen. Auf Verlangen der Vertreter der Privatkläger und des Angeklagten Noveltsch begab sich der Gerichtshof heute Nachmittag mit den Angeklagten in 15 Wagen unter Eskorte von berittenen Gendarmen nach dem Thabor. Noveltsch und Bogdan wiederholten ihre Geständnisse. Voitschew sagte kein Wort. Morgen finden die Plaidoyers statt.

In der Sitzung am Dienstag beantragte der Staatsanwalt Bernko gegen Noveltsch und Basiljev die Todesstrafe wegen vorläufigen Mordes. Als erschwerender Umstand gelte für Noveltsch seine Stellung als Chef der Sicherheitspolizei, als mildernder Umstand für Basiljev seine Stellung als Untergeordneter gegenüber den Aufträgen des Noveltsch. Der Unterstaatsanwalt Radstew betraucht Nicola Voitschew als des Mordes nicht schuldig und entwickelte sodann die Gründe für die volle Schuld des Mitmisseters Voitschew. Darnach wird die Sitzung unterbrochen.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsumwirter hielt am 20. d. M. ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Klassenbericht ergab für das zweite Quartal eine Einnahme von 887,60 M., eine Ausgabe von 424,65 M., Bestand 399,61 M. Unter Vereinstangelegenheiten kam die Sache "Schonert-Weiseraktar" zu eingehender Aussprache und erklärte die Versammlung, auf den früheren Beschlüssen in dieser Angelegenheit zu verharren. Ein Antrag: 60-jährige Mitglieder (bezw. 70-jährige), welche der Vereinigung 5 Jahre (bezw. 8 Jahre) angehören (ausgenommen die Pensionäre), sind von den Mitgliedsbeiträgen befreit, wurde angenommen. Der Agitationskommission wurden 10 M. bewilligt.

Allgem. deutscher Tapezier-Verein, Filiale Süd. In der Generalversammlung vom 21. Juli 1897 wurden folgende Berichte gegeben: Sander, Vorstandsbericht. Abgehalten wurden im letzten Quartal 4 Versammlungen mit 8 Vorträgen, 8 Vorstandssitzungen. Abrechnung des Kassiers Pletteberg: Einnahme 153,05 M., davon ab 1/3 für die Ortsklasse 51,02 M., Ausgaben für den Hauptvorstand 7,25 M., bleibt für die Hauptkasse 94,78 M. Orts-Einnahme: Bestand vom vorigen Quartal 4,29 M., sonstige Einnahmen 88,90 M., Filial-Einnahme (S.) 51,02 M., ergibt 93,61 M. Ausgabe 39,65 M., bleibt Bestand 53,96 M. Abrechnung vom Stützungsfest: Einnahme 219,50 M., Ausgabe 142,55 M., bleibt ein Ueberschuß von 76,95 M., wovon die Filiale Süd 88,50 und die Filiale Nord 88,45 M. erhielt. Referendums: Bestand 82,39 M., Einnahme 22,50 M., Ausgabe 14 M., bleibt Bestand 78,89 M. Pletteberg, Sander und Bonite, welche diese Abrechnungen gaben, werden entlastet. Ein Antrag Leo Schmidt's, für die Bibliothek Karl Marx "Kapital" anzuschaffen, wird nach kurzer Debatte angenommen. Kollege Ost macht bekannt, daß seit der letzten öffentlichen Versammlung dadurch, daß sein Name mit dem Namen Ueffen verwechselt wurde, das Gericht im Umlauf sei, er habe von der ehemaligen Agitationskommission 80 M. Darlehen erhalten, was jedoch nicht der Fall sei.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Zimmerer, die am Montag bei Martens, Friedrichstraße, tagte, beschäftigte sich mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und beschloß sodann die bisherige Taktik zu ändern. Die am 23. Juli vorgenommene Flag- und Baukontrollen hat ergeben, daß auf 372 Bauten und Plätzen 2850 Zimmerer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. bei 292 Unternehmern arbeiten. Bei 71 Unternehmern auf 158 Bauten und Plätzen arbeiten 1100 Zimmerer zu Klassenlöhnen von 55, 57 1/2 und 60 Pf. Unter letzteren befinden sich mehrere Firmen, wie Feld und Franke, Handt, Waselow und Wolf und andere, die wohl nicht zu den bewilligten gezählt sind, doch ebenfalls allgemein den Stundenlohn von 60 Pf. bezahlen. Auf 43 Baustellen und Plätzen werden gegenwärtig keine Zimmerer beschäftigt. Streikende und Arbeitslose sind zur Zeit über 500 vorhanden. Bei der Berichterstattung rüht Fischer das Verhalten der indifferenten Kameraden, durch deren Theilnahmslosigkeit die Bewegung erschwert und in die Länge gezogen wurde und verurtheilt insbesondere die Handlungsweise derjenigen Personen, die sich zum Streikbrecher hergaben, obwohl sie politisch organisiert sind und sich als Klassenbewußte Arbeiter aufspielten. Trotz dieser Thatfachen und trotzdem das organisierte Unternehmertum immer wieder behauptet — wie dies in längerer Zeit in einem zweiten Rundschreiben der Innung an die einzelnen Unternehmer geschehen ist, — daß der Stundenlohn von 55 Pf. überwiegt und die Bewilligung der Mehrforderung nur in wenigen Fällen eingetreten ist, kann das Resultat der Bewegung als ein sehr günstiges bezeichnet werden. Durch die festgestellten Zahlen in der Beweis erbracht, daß die übergroße Mehrzahl der Berliner Zimmerer zu den neuen Bedingungen arbeitet und die von der Innung gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. In längerer Ausführungen beleuchtet der Redner sodann das Submissionsverfahren, wobei Unternehmer von auswärts berücksichtigt werden, die billige Arbeiter von außerhalb mitbringen und demzufolge auf staatlichen Bauten Löhne gezahlt werden, die mit den Berliner Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen sind, und verweist darauf, daß die Arbeitslosigkeit für die Zimmerer durch die moderne Bauart und durch die Einführung der Maschinen immer geringer wird. Zum Schluß ersucht der Redner, den Arbeitssuchenden auf das strengste zu weisen, bis derselbe von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verworfen wird, und fordert die Versammelten auf, wie in der bisherigen Weise auch bei der nunmehr veränderten Taktik zusammen zu halten, um die vollständige Einführung des geforderten Stundenlohnes zu ermöglichen.

In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Knäpfer, Häcker, Hinz, Ruter und andere betheiligten, sprachen sich alle Redner für die Vorschläge der Arbeitskommission aus. Die Ausführungen des Maurers Silberschmidt, der den Verlauf der Lohnkämpfe im Baugewerbe, sowie das Vorgehen des Unternehmers im allgemeinen schilderte und anforderte, bei etwaigen Lohnreduzierungen mit sofortiger einmüthiger Arbeitsniederlegung zu antworten, wurden mit lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Nach kurzer Begründung von Rube wurde sodann folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

- I. In Erwägung, daß nach 3 wöchentlichem Kampfe 292 Unternehmern, welche zusammen 2850 Zimmerer beschäftigten, einen Stundenlohn von 60 Pf. zahlten und in der letzten Woche auf dem bisherigen Wege nur noch vereinzelte Erfolge erzielt wurden, beschließt die heute bei Martens, Friedrichstr. 236, tagende öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlin und Umgegend:
 - I. der offizielle Streik ist von heute ab aufgehoben;
 - II. die Sperrre wird über alle diejenigen Baugeschäfte verhängt, welche den Stundenlohn von 60 Pf. nicht zahlen.
 - III. Alle Kameraden, welche während des Streiks zur Erringung des 60 Pf.-Stundenlohnes die Arbeit niedergelassen haben oder noch niederlegen, sind als Gemüthregelle zu betrachten und erhalten für die Dauer von 4 Wochen die bisher üblich gewesene Unterstützung.
 - IV. Jeder Zimmerer, welcher zu den neuen Bedingungen arbeitet, ist verpflichtet, sich in den Besitz einer Streiklegitimation zu setzen und wöchentlich bis auf weiteres 2 Mark an 50 Pf. zum Unterhaltungsfonds zu laufen.

Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen gesetzlichen Mitteln für die in diesem Jahre gefassten Beschlüsse einzutreten und versprechen den Kampf nicht eher aufzugeben, bis der letzte Unternehmer gezwungen ist, neben der neunstündigen Arbeitszeit 60 Pf. Stundenlohn zu zahlen.

Hierauf berichtete Lehmann über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Ein Antrag von Döhning, keinen Delegirten mehr zu wählen und wonach sich die Zimmerer nicht mehr an der Gewerkschaftskommission betheiligen sollen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt und hierauf Knäpfer und Fischer als Delegirte gewählt. In der Diskussion wurde der von Lehmann in der letzten Gewerkschaftskommission-Versammlung erhaltene Situationsbericht über den Stand der Zimmererbewegung bemängelt. Zum Schluß wurde zur Einnahme in die Wählerlisten zu den Stadtverordneten-Wahlen aufgerufen und sodann die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Deutscher, abends 8 Uhr, Große 19: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Herrn Grundmann über: "Leber-, Nieren- und Blasenleiden mit Demonstrationen". Männer und Frauen willkommen.

Theater- und Vergnügungsverein Seigeland. Deutscher, abends 8 Uhr, Uferstr. 144: Sitzung.

Eingelaufene Truchschriften.

Die "Sozialistischen Monatshefte" (Berlin NW, Marienstr. 27) haben heute die 7. Heft erscheinen lassen. Tollebe bringt vor allem eine hochinteressante Studie über die Stellung der Sozialdemokratie zu den praktischen Bundestagen-Wahlen; von sozialdemokratischer Seite haben die Redakteure, Singer, Solman, Dr. Kronz, Dr. Conrad Schmidt, Dr. Bernheim, Stadthagen, Dr. W. Dorn, H. Götter, G. Helfert-Bar u. a. m. gearbeitet; von bürgerlicher Seite Dr. Baumgarten, v. Gierach, Prof. Wastler, Maximilian Gorkin. Der weitere Inhalt des Heftes ist: Peter Petrow, Robert Owen. — Bruno Bauer, Utopie und Experiment. — Der Sozialismus. — Die Wahlen in Holland. — Dr. Arthur Müller-Bergler, Eine neue Sozialtheorie. — Hermann Landner, Eine Philosophie für das Proletariat. — Wilhelm Wundt, Ueber den unvollständigen Ursprungswort der Kultur. — Kulturkritik, Pflanzschule. — Münchhausen: Kunst- — Bücher. Außerdem enthält das Heft ein Portrait von Robert Owen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Gerichtsferien am Dienstag und Freitag Abend von 6-7 1/2 Uhr statt. N. S. 1. Rotarisch noch etwas im Rückstand. 2. Fragen Sie den Ortsvorstehenden Soppa, Löhnerstr. 14. Zwei Wettende. Wichtig ist: 1. zu wiederholten Malen, 2. entsteht den Sorgen. P. Sporerer. Schreiben Sie die Aufforderung zur Versammlung, wenn die nächste Versammlung stattfindet. G. Z. Jeder erste Sonntag im Monat, also auch der kommende Sonntag. M. W. Leider bleibt nichts übrig als zu reklamieren. Wie es scheint hat Ihr Sohn die Reklamationsfrist veräumt, so daß jedem einzelnen Steuererheber gegenüber erst eine Eingabe erfolgen muß. Der Steuererheber hat unterzeichnet um etwaige Reklamationen die Handlung vorzunehmen. Sie sind also mit Unrecht diesem gegenüber aufgebracht; er hat, was ihm aufgetragen ist, für die etwaige Bummellei seiner dochigen Besoldung zu sorgen. — 85.86. 1. Rein. 2. Ja. — Jünger. 1. Rein. 2. Ja. — G. W. Der Wahlberechtigte muß zur Zeit der Wahl, nicht zur Zeit der Ausstellung oder Auslegung der Urthe, 24 Jahre alt und eben falls 18. bis dahin ein Jahr lang Aufenthalt in Berlin gehabt haben. — N. S. 37. Ja. — R. Z. Sie sind nicht wahlberechtigt. — G. W. beantragen Sie die Aufnahme Ihres und Ihres Wirtes Namen in die Wählerliste.

Witterungsübersicht vom 27. Juli 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Metresp.	Windrichtung	Windstärke (Stufe 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°C. = 32°F.)
Schwetzingen	759	SW	3	Regen	16
Hamburg	758	SW	4	wolfig	16
Berlin	759	SW	3	bedeckt	17
Mießbaden	761	SW	1	wolfig	15
München	762	W	3	bedeckt	16
Wien	761	SW	—	Regen	16
Papayanda	762	S	4	wolfig	18
Petersburg	—	—	—	—	—
Ort	763	SW	4	wolfig	16
Alberpen.	764	SW	2	halb bedeckt	18
Paris.	760	SW	—	Regen	14

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. Juli 1897. Ein wenig Nöbler, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Theater.
Mittwoch, den 28. Juli.
Neues Igl. Operntheater (Kroll).
Garnus. 7 1/2 Uhr.
Leffing. Die Geißel.
Wesken. A Basso Porto. (Ein unteren Gassen. 7 1/2 Uhr.
Odeon. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühnen.
Lehmann's Krieger-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Alexandria-Platz. Verkaufter West. Vello-Milance. Spezialitäten. 6 Uhr.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Königstadt-Kasino.
Hofmarkt. 72. Ecke Alexanderstr. 21.
Beliebigste Zeit-Säle.
empfehlen den geehrten Vereinen Sonnabends und Sonntags zu allen Gelegenheiten unentgeltlich. 71999.
Heinrich Metzner junior.
Neue Fassung! Neues Licht!

Ostend-Theater.
Or. Frankfurtstr. 132. Dr. G. Weich.
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten, Anfang 5 1/2 Uhr. Auf treten künstlerischer Spezialitäten.
Hugo Schulz. — Paula Grigatti. — Hrsal Waldburg. — Lebende Photographien. — Endlich allein. — Ringkampf. — In der Sommernacht.
Sommerabend: Or. Sommernacht.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Kakanien Allee 97-99.
Täglich:
Im Reide der Sirenen.
Große Unterhaltungsbühne mit Gesang und Tanz.
Miss Clara. Troupesängerin. Erste Truby Byggarby. das Wunderkind. Edith Smolin. ercent. Chansonette. Barbarina's Ballet.
Clown Zerkoni. m. f. dress. Thieren. Harry u. William Tailour. Varieteteater. William. Handballspiele.
Anfang 4 Uhr. Preise 30 Pf.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Dir. J. Glack.
Otto Reutter
der beliebte Gesangshumorist.
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Mr. Albany. - The Franey's.
Little Arthur. - Braselli.
Vera Marlo. - Kinetograf mit neuen Aufnahmen.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Konzert 7 Uhr. — Vorstellung 8 Uhr.

Castan's Panopticum.
Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden
Neu! Menschen.
Neu! und hochkomisch!

Passage-Panopticum.
30 Kinder der Wüste.
Bedeutung, Derwische, Schlangenbeschwörer, Bauchtänzerinnen etc.
Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Unter Johann.
Aufspiel in 1 Akt von G. Bergouffin.
Ein böses Gewissen.
Poffe in 1 Akt von M. Bergen.
Neu!!! Neu!!!
Flotte Dirische.
Romische Operette in 1 Akt v. Cappé.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Actien-Brauerei Friedrichshain.
Heute, Mittwoch.
Anbei das bereits 2-mal angefeindete Extra-Bergter-Konzert
in Uniform, verbunden mit
Kinder-Ferienfreudefest
bestimmt statt.
Bei unglücklicher Witterung im großen Saale.
Im Refektorium:
Familienkränzchen.
Eintritt 15 Pf. Kinder frei.
Anfang 7 Uhr.

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswaahl: Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen etc., sowie Verlehnungs-Gegenstände. Händler u. Arbeitervereine erhalten die billigsten Preise.
S. & G. Sautsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Darlehen o. Bürgsch. gewährt d. Credit u. Hyp.-Bankgesch. K. rullus, Breslau. Statut geg. 40 Pf.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeekeche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
7 vordockte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuscherstr. 1a, 7. u. 8. Pierr.
Das einstufige Urtheil im aus-
verkauften Saale, was das Beste
und Gediegenste, ist die Beste
Robinson Krause!!
Haskel als Ballettense!!!
Großartige Dekorationen. Prachtvolle
Kostüme. Brädelade Musik. Bis auf
Witz! - Man weint vor Lachen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passepartouts gelten.
Avis! Donnerstag, den 5. August
Benefiz für Leonh. Hädel und Max
Wächter.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal!)
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wenzel, Pietro,
Britton, Steidl,
Krone, Röhl,
Schneider
und Schrader.)
Zum Schluss:
Nur noch kurze Zeit:
Ein vergünstigter Wahltag.
Ensemble von Meysel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. und Familien-
Billets à 1 Pf. (für 3 Personen)
nur in den Vorverkaufsstellen.
(Siehe Plakate.)
Gutgehendes Kohlengeschäft in
zu verkaufen Schlemmerstr. 43. [33115]

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Zühleke, Dennewitzstrasse 13:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Wagner
über: „Volkselemente und Klassenbewußtsein“. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 28. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Genossen Benno Stabernack, Inselstraße 10:
General-Versammlung.
Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei folgenden Genossen:
Willy Börner, Ritterstr. 15. Carl Witte, Brandenburgerstr. 18.
Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40a. F. Lüd, Simonstr. 23. Vier,
Alte Jakobstr. 119. [240/20]
Der Vorstand.

Achtung! IV. Wahlkreis! Achtung!
Sonnabend, den 31. Juli 1897
im Victoria-Garten, Treptow, Köpnicker Landstrasse,
(Inhaber Braun, früher Kämpel)
Grosses Sommernachts-Fest
veranstaltet von den Parteigenossen des
Lese- u. Diskutir-Klub Süd-Ost
Instrumental- u. Vokal-Konzert (Dirigent Herr Loppe)
unter Mitwirkung der Gesangsvereine Edelweiss I und Borax (Mit-
glieder d. Arb.-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Drn. Lange.
Marionetten-Theater.
Im Saale von Herren, welche daran theilnehmen,
6 Uhr an: Tanz, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
(Durch ein besonderes Uebereinkommen ist es gelungen, den Vorrat zu 60 Pf.
zu berechnen. Eine Mehrforderung des Wirtshaus wird aus der Vereins-
kasse gedeckt.)
Anfang des Konzerts 5 Uhr nachmittags. Billet 20 Pf.
100/15
Das Komitee.

Heller's Dranienhallen,
Oranienstr. 51. 3255b
Sonnabend u. Sonntag sind noch zu ver-
geben. Auch wird ein Tanzlehrer ver-
geben.

Brockhaus', Meyer's
Vertrieb, Bremen's Thierleben u. andere
Werke jeder Wissenschaft kauft
Hannemann's Buchhandlung,
Berlin, Friedrichstr. 208.

Reisefloher, Betten, spottbillig,
Pfandleibe Reanderstr. 6.
Fertige Garderobe!
Sehr elegant, vom Raachschneider
gearbeitet, Anzahl zu 20, 25, 28
bis 35 M. liefert **Temporowski,**
Schneidermeister, Jährenstraße 37, I.
sein Laden. - Bei Raach-Garderobe
auch Theilzahlung gestattet. 2194*

Nährsalz für Säuglinge zur
besseren Verdauung d. Milch v. 30 Pf.
an. Allein z. haben b. **M. Graefe,**
Berlin N., Stettinerstr. 63, Ecke Badstr.

Aluminium-Gebisse,
Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark.
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark.
Pfomben 1,50 M., Zahnleben 1 M.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer
Zähne (Nachguss od. Chloroformnarkose)
im Wesen eines Arztes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt,
Brunnenstraße 18 II.
Krautfurterstraße 113 II.

Möbel
In jedem Stil und jeder Holzart
äußerst billig, auch auf Theilzahlung.
Dr. Vager gebrauchter und vertheilt
gewesener Möbel 2014*

Oranienstr. 73.
Söpenid. Zwei Läden nebst
Wohnung in meinem neuerbauten
Haus, Wilmersd. u. Sannowstr. Ecke,
bill. zu verm., passend für Kolonial-
geschäft. Konturrenz ausgeschlossen.
[22925] H. Sannow, Restaurateur.

Achtung, Maurer!
Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Maurer
Berlins und Umgegend.
in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung: 1. Das Resultat der Baukontrolle und was lehr und dieselbe. 2. Situations-
bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 3. Gewerkschaftliches.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. NB. Kollegen! In der letzten Versammlung ist beschlossen
worden, daß bis zum 2. August die Streikforten abgehempelt werden; Sorge darum jeder Maurer dafür, daß seine
Legitimationspapiere bis zu dieser Zeit in Ordnung sind.
Kollegen! Es ist irrtümlich auf den heutigen Handzetteln als Versammlungstag der 5. August angegeben,
es muß heißen **29. Juli.**

Achtung! Former! Achtung!
Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr,
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:
Große öffentliche Former-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma V. Grunauer u. Co., Müllerstraße 9/10.
2. Wie stellen sich die Kollegen dazu? 3. Verschiedenes.
Der Wichtigkeit der Sache halber ist es unbedingt nötig, daß sämt-
liche Former und Berufsgenossen erscheinen. Der Einberufer.
Die arbeitslosen Kollegen haben sich bei Poisson zu melden. [61/18]

Achtung! Schlosser! Achtung!
Donnerstag, den 29. Juli, abends präz. 8 Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal):
Große öffentliche Versammlung
der Schlosser, Maschinenbauer u. Berufsgenoss.
Tages-Ordnung:
1. Warum sind Streiks notwendig? Referent: Herr. Haber.
2. Diskussion. 3. Renouveau des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.
Einen regen Besuch der Versammlung erwartet. Der Einberufer.

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend. (Eingeführ. Hilfskasse Nr. 118.)
Ordentliche General-Versammlung
am Sonntag, den 1. August 1897, vormittags 10 Uhr, im Lokal
des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Kassenschiffs. 2. Abrechnung des Kassierers
vom 2. Quartal 1897, und Revisionbericht. 3. Abänderung des § 20 Abs. 4
und § 26 betreffend die Publikation der Kassensangelegenheiten. 4. Wahl
sämtlicher Hilfskassier. 5. Innere Kassensangelegenheiten.
Die Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu er-
scheinen. - Mitgltedbuch legitimirt. 261/10
Der Vorstand. J. K. G. Reyle, Gerdwalderstr. 19.

Rummelsburg. Stralau.
Mittwoch, 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Platkowski's
Saal, Hauptstrasse 88:
Versammlung
des Sozialdemokratischen Vereins.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieurs Herrn P. M. Grempe über: „Das
Niesenerrohr in Treptow“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste sind hierzu eingeladen. - Zur Deckung der Unkosten wird ein
Entree von 10 Pf. erhoben. - Zahlreiches Erscheinen erwartet. 223/14
Der Vorstand.

Treptow. Viktoria-Garten,
früher Kämpel, Gastst. der elektrischen Bahn.
Jeden Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Grosse Verloosung. Kasperle-Theater.
Donnerregen. Fackelpolonaie. Pony- und Gelreiten. Belüsti-
gungen aller Art. Von 2 Uhr an Kaffeeküche. II Angelbahnen.
Dierzu ladet ergebnis ein [20572*] Fritz Braun.

Verkauf von frisch gef. Fleisch.
Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf. an,
Schweinefleisch . . . 40 Pf. [2126L*]
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Die Lohnkommission.
33145 1848er
Fahrgang d. „Rabderbadisch“ zu ver-
Preisangeboten und C. 2. 1848
i. d. Exp. d. „Borward“ erb.
Dr. Simmel, Moritzplatz,
(früher Pringensstr. 91)
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bahn-Atelier.
Künstl. Bahne in tadelloser Aus-
führung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain,
Chloroform und Narkose unter
Leitung eines prakt. Arztes. Bei
Behandlung v. künstl. Zähnen Zahn-
ziehen, Zahnreinigen u. sonstig. Zahn-
zählung gestattet. Woche 1 M.
Guckel, Kanoyer Platz 2,
Grafenstraße 12, Stettinerstraße 71.
Zähne v. 2 Mark event. Theil-
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.
zahlung.
1 möbl. Zimmer, auch f. 2 P., Große
Kraussfurterstr. 15 v. 3 Tr. I. [33106]
Möbl. Schlafstelle zu verm. Kran-
teufelstraße 9, v. III. r. 33016
Möbl. Schlafstelle zu verm. Mittel-
straße 21, 6. IV. 33026
Möbl. Schlafstelle Witwe Lee,
Pringensstr. 6, v. 4 Tr. 33056
Möbl. Schlafstelle f. G. G. v. 6 Tr.,
Kraussfurterstr. 128, v. I.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Mamsells
auf Jadedt außer dem Hause 1,75 bis
2 M. ohne Aufwartung, verlangt
Fritz, Gerlichstr. 16, Gng. Kolbergerstr.

Rundlocher, 33005
nur beste Kräfte, verlangt Thurmstr. 68.
Ein tücht. Abdrücker wird verlangt
Dresdenerstr. 30. 149/9M
Bügl. d. a. f. d. p. verli. Dranienstr. I. I. I.
Wamsells verlangt Oranienstr. I. I. I.
50 Wamsells auf Copie, Pläne
und zum Ausfertigen verlangt
33075 **Cohn,** Stettinerstr. 60, III.
Verfäher, tüchtig, sucht Werk-
meister, Brunnenstr. 194. 33005
Karton-Arbeiterinnen, geübt, verl.
H. Wolf, Neue Friedrichstr. 48.

Reisender,
der für Möbelstoffe und Teppiche
bei Möbelhändlern und Tapeziern,
hauptsächlich i. d. Provinzen Schleißen
u. Weiskalen eingeführt ist, wird gesucht.
Adresse sub B 2 an die Exped. d. Zig.
Sticker,
geübt auf Buchbinderei. Mattifohn
u. Fiedler, Wandbergerstr. 16. [33095]
Kehler, [33085]
tüchtig und zuverlässig, an eine ame-
rikanische Maschine auf Goldleihen,
sucht Vertmehrer, Brunnenstr. 194.
Wamsells auf veränderte Jaquetts
verl. Mattifohn, Doyenstr. 17. [22356]

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Ausstattungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Neue Welt, Hasenhaide.
Jeden Mittwoch: **Großes Grntefest**
mit großen Umzügen, Gratisverloosung, Spezialitäten-
Vorstellung, Marionetten-Theater und [2176L*]
Kinderbelustigungen aller Art.
Entree 15 Pf. Vorverkauf 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Gastst. d. Pferdebahn. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten.
Ein Volksfest in Wusterhausen. Große Parfeste mit
Gesang und Tanz.
Troupe Carlo Carlé, Virtuosisches Potpourri. **Little Parkins**
und **Miss Lizzi,** Transformationskünstler. **The two Buffalos**,
Amerikan. Reper-Cyclisten. **Schulte und Lippart,** Komiker. **Carla**
Walton, Kostümbühnen. **Mr. Rigardo, John & Paolo,**
Long & Little Adolph u. f. w.
Volksbelustigungen aller Art. - Im Saale: Ball. - Entree 30 Pf.
Mittwoch: Kinderfreudenfest.
Es ist nur noch ein Sonnabend im September für Vereine frei.

Preislisten
für Sommer- u. Reiseartikel
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung
Berlin W.
Leipzigerstr. III.

Zwirn-Handschuhe, weiss und silbergrau, 23 Pf.
mit schwarzer Raupe
Imit. schwed. Handschuhe, Länge 5 Knopf, 33 Pf.
Flor-Handschuhe mit doppelt. Fingerspitzen, 60 Pf.

Tapiserie-Artikel.
Tablette-Decken mit Fransen 16, 20, 30 Pf.
mit Hoblsaum 18, 25, 30 Pf.
Küchen-Handtücher 60 Pf.
Stuben-Handtücher 85 Pf. und 1,70 Mk.
Tischläufer 1,05 Mk.
Marknetze 65 und 85 Pf.
Klammerschürzen 60 Pf.
Wäschebeutel 1,40 Mk.
Brotbeutel 40 Pf.
Küchentisch-Decken 95 Pf.
Picknickrollen, fertig gestickt, 1 Mk.

Plättdecken 1,05 u. 1,45 Mk.
Tändel-Schürzen 30, 40, 55 Pf.
Wirtschafts-Schürzen 35, 85 Pf. 1,10 Mk.

Warenhaus A. Wertheim